

Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit

Febr. / März 2014

32. Jg.

ISSN 0949-0000/ISSN 1862-5568

Sexueller Missbrauch: Täterschutz vor Opferschutz

- Sexueller Missbrauch: Täterschutz hat noch immer Vorrang vor Opferschutz und Prävention (Anita Heiliger)
- Gleichstellung jetzt – Gleichstellungspolitik stärken!
- „Prostituierte“ – ein seltsames, verräterisches Wort
 - Redcoon vom Werberat öffentlich gerügt
- Reflektion zum Rechtssystem (Marie Sichtermann)
 - Grenzen beim Erziehen. Nähe und Distanz in pädagogischen Beziehungen
 - „Sweetie-Kampagne“: Erfolge bei der Strafverfolgung
- Prostitution: Reinszenierung erlebter Traumata
- Vergewaltigung: Kaia hat den Prozess gewonnen!
- Offensive zum 8. März

Inhalt

Sexueller Missbrauch: Täterschutz vor Opferschutz 3

Täterschutz hat immer noch Vorrang vor Opferschutz und Prävention
(Anita Heiliger)

Resolutionen/Aktionen/Netzwerke 13

Aufruf: Gleichstellung jetzt – Gleichstellungspolitik stärken
medica mondiale: Unterstützung für Überlebende und ein Ende der Straflosigkeit
www.werbrauchtfeinismus.de: Die Kampagne
Nach Massenprotesten: Redcoon wird vom Werberat öffentlich gerügt
Medica mondiale: Gerechtigkeit, Entwicklung und Frieden für die Frauen dieser Welt
Online Unterstützung gegen Gewalt an Frauen
Europe needs Feminism. Feministische Parteien Europas

Laut&Luise: Glosse von Luise F. Pusch 19

„Prostituierte“ – ein seltsames, verräterisches Wort

Themen 20

Europaparlament für 40% Frauenquote
Vergewaltigung: Kaia hat den Prozess gewonnen!
Persönliche Reflektion zum Rechtssystem (von Marie Sichtermann)

Nachrichten 25

„Sweetie-Kampagne“ zeigt erste Erfolge bei der Strafverfolgung
Die FFBIZ-Bibliothek ist ab heute online recherchierbar!

Literatur 26

"Schneewittchen rechnet ab" ? Ein Stück feministische Utopie
Das neue Umgangsrecht: Kritische Bestandsaufnahme aus Sicht der Frauen
Grenzen beim Erziehen. Nähe und Distanz in pädagogischen Beziehungen

Termine 28

Offensive zum 8. März
Gekauft! Benutzt! Hauptsache "selbstbestimmt"? Podiumsdiskussion zu Prostitution
Momentum: Aktionskonferenz Care
Internationales Frauenfilmfestival Dortmund/Köln
Prostitution als Reinszenierung erlebter Traumata

Impressum:

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.,
Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, www.kofra.de,
kofra-muenchen@mnet-online.de, Verantwortliche: Anita Heiliger
Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto,
Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto:
IBAN: DE28700205000007805500, BIC: BFSWDE33MUE

Sexueller Missbrauch: Täterschutz hat immer noch Vorrang vor Opferschutz und Prävention!

Anita Heiliger

Keinen Schritt weiter?

Seit ca. 30 Jahren wird sexueller Missbrauch in Deutschland thematisiert und skandalisiert, doch eine Lösung dieses Problems ist nicht in Sicht. Noch immer herrschen in Institutionen Unsicherheit, wie mit dem Problem angemessen umzugehen sei und Feigheit, sich konsequent gegen Täter zu stellen und Kinder nachhaltig zu schützen. Die Öffentlichkeit ab 2010 über den Missbrauch hat die Republik erschüttert, der „Runde Tisch Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ war eine klare Antwort, den Opfern endlich zuzuhören mit dem Versprechen, wirksame Taten folgen zu lassen. Doch die Betroffenen sind enttäuscht: Sie gründeten nun ihre eigenen Organisationen: Glasbrechen und netzwerkB.

Die Täterlobby ist in fast allen gesellschaftlichen Bereichen sehr aktiv und schützt sexuellen Missbrauch nach wie vor durch Verharmlosung und Vertuschung. Strafrechtliche In-Verantwortungnahme der Täter, Opferschutz und wirksame Prävention werden mit dem „Argument“ verhindert, dass es doch um die sexuelle Selbstbestimmung von Kindern gehe.

In den 20-30 Jahren der Beratungsarbeit von ca. 363 (Fegert u.a.2013¹, S. 78) Projekten, die Anlaufstellen sind für Erfahrungen mit sexueller Gewalt und über 30 Jahre nach der ersten öffentlichen Thematisierung und Skandalisierung des „bestgehü-

ten Geheimnisses“ sexuellen Missbrauchs an Kindern sowie 30 Jahre nach der Gründung der ersten Selbsthilfegruppe von Wildwasser, in der alle Facetten innerfamiliären Missbrauchs zur Sprache kamen – sind wir heute nicht wirklich einen bedeutenden Schritt weiter im Kampf gegen diese Straftat. Noch nie zuvor sind so viele Skandale fast zur gleichen Zeit an die Öffentlichkeit gekommen wie in den letzten Jahren: Sexueller Missbrauch in kirchlichen, staatlichen und privaten Institutionen wurde nun massiv beklagt: Canisius-Kolleg, Kloster Ettal, Regensburger Domschatzen, Aloisius-Kolleg, Waldorfschule, Odenwaldschule, Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Collegium Josephinum, Hagen² und dazu noch die aufgedeckten Skandale in der ehemaligen Heimerziehung.

Es war nun nicht mehr zu übersehen/zu leugnen, dass Deutschland ein immenses Problem mit sexuellem Missbrauch hat. Christine Bergmann schreibt im Vorwort zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Ergebnisse des Runden Tisches: „Das Ausmaß der sexuellen Gewalt gegen Kin-

² Nach wenigen Tagen erhielt der Junge in seinem Zimmer nächtlichen Besuch von Kuttenträgern. Sie kamen im Dunkeln, und sie rochen nach Schweiß, Alkohol und Zigaretten. Heinz M. legte sich auf den Bauch und stellte sich tot. Starr vor Angst und Scham ertrug er es, dass sich fremde Hände unter seine Bettdecke schoben und ihn befummelten, dass sich jemand auf ihn legte, ihn bedrängte und penetrierte. Immer wieder musste er den brutalen Ruhestörern auch noch oral zu Diensten sein. In manchen Nächten sogar mehrfach. Heinz M. erinnert sich, dass einige Male, noch während er einem Klosterbruder ausgeliefert war, der nächste schon die Zimmertür öffnete. Osnabrücker Zeitung 21.11.2013

¹ Fegert, Jörg M./Miriam Rassenhofer/Thekla Schneider/Alexander Seitz/Nina Spröder: Sexueller Kindesmissbrauch – Zeugnisse, Botschaften, Konsequenzen, Weinheim und Basel 2013

der und Jugendliche, die häufig über Jahre hinweg dem Missbrauch ausgesetzt waren und keine Hilfe bekamen, schockierte die Öffentlichkeit ebenso wie das jahre- und jahrzehntelange Vertuschen der Taten sowohl durch die Täter als auch durch die Institutionen oder Familien. Tätern wurde nicht Einhalt geboten, das Image der Institutionen hatte Vorrang, und Betroffene fanden weder Gehör noch Hilfe“ (ebd. S. 10).

Widerstand der Betroffenen

Endlich hatten Betroffene begonnen, öffentlich zu sprechen und sich damit aus den Täterstrategien, die das Schweigegebot mit Drohungen und Schuldzuweisungen auferlegen, befreit. Erstmals beginnen sie sich auch zu organisieren und ihre Forderungen an die Verantwortlichen in den Institutionen und in der Gesellschaft zu stellen. Der Widerstand hat begonnen:

Glasbrechen e.V.³, die Organisation der Betroffenen der Odenwaldschule, will nicht hinnehmen, dass die Strukturen, die den Missbrauch ermöglichen und immer wieder verdecken, sich nicht ändern. Obwohl einige von ihnen bereits 1999 an die Presse gegangen waren (FR), blieb die erwartete Welle der Empörung aus, griffen die anderen Medien diese Meldung nicht auf. Weitere 10 Jahre mussten sie warten, bis sie durch Frau Kaufmann, die zeitweise Leiterin der Schule, angehört wurden und die Dimension ihrer Nachricht: serienmäßigen Missbrauchs an der Vorzeige-Reformschule begriffen wurde.

Das NetzwerkB⁴ wurde von Norbert Deneff ins Leben gerufen, nachdem er jahrelang vergeblich versucht hatte, Gehör zu finden, Gerechtigkeit zu erfahren und Entschädigung zu erhalten für den (jahre-) langen Missbrauch durch Vertreter der katholischen Kirche. Er hoffte lange Zeit auf ein Zugeständnis der Kirche für ihre Schuld und Versäumnisse und vor allem: für die aktive Verdeckung massiven Missbrauchs in ihren Einrichtungen. Als sich die Kirche, die ja noch immer nach eigenem Recht verfährt, so weit in die Enge getrieben sah, dass sie einer finanziellen Entschädigung zustimmte, diese jedoch mit der Auflage weiteren Schweigens verbinden wollte, verweigerte Deneff die Annahme. Schließ-

lich gab die Kirche nach und zahlte ohne Auflagen 25000 Euro, die Deneff sofort für das Betroffenen-NetzwerkB einsetzte. Und dieses Netzwerk kommt richtig in Fahrt, die Mitgliederzahlen steigen stetig und es meldet sich laufend zu Wort!

Diese Entwicklung ist neu und überfällig! Betroffene hoffen nicht mehr, dass sich Staat, Politik, Kirche und Institutionen ihren Versäumnissen und Fehlern stellen und von sich aus effektiv handeln. Die Strukturen, die sexuellen Missbrauch ermöglichen, sind tief in unserer Gesellschaft verankert: wegschauen, nicht wahrhaben wollen, Feigheit zu handeln und Opfer zu schützen, Täter zur Verantwortung ziehen. Täterschützende Ideologien bieten denen Rückhalt und Rechtfertigung: z.B. „Glauben“ und „sexuelle Freiheit“. Den religiösen Glauben und kirchliche Stellungen zu benutzen, um Kinder zu missbrauchen und im Namen des Glaubens die Täter zu schützen, ist abscheulich. Die arte-Dokumentation „Mea maxima culpa“ (22.10.2013) hat aufgezeigt, mit welchen Strategien die Täter die Kinder für ihre sexuelle Befriedigung gefügig gemacht haben und wie systematisch Kirchenvertreter bis hinauf zum Vatikan Täterschutz betreiben und keinerlei Verantwortung für die Taten und die geschädigten Opfer zu übernehmen bereit ist. Dem als „gläubig“ vorausgesetzten missbrauchenden Kirchenvertreter gilt ihr Schutz und ihre Sorge. Die Taten sind der Kirche bekannt, doch die Aussagen von Opfern und Zeuginnen werden unter Verschluss gehalten, berichten Experten in der Dokumentation.

Täterideologien

Im Namen sexueller Freiheit wurde der Missbrauch an der Odenwaldschule begangen. Recherchen haben aufgezeigt (z.B. Oelkers 2011⁵), dass die Voraussetzungen, die an dieser „Reformschule“ geschaffen worden waren, sich nicht nur als ideal für den sexuellen Zugriff auf die Kinder erwies, sondern dass der Gründer selbst „pädophile“ Interessen hatte! Er stammte aus einem Umkreis, der sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen und

³ www.glasbrechen.de

⁴ www.netzwerkB.org

⁵ Jürgen Ölkens: Eros und Herrschaft. Die dunklen Seiten der Reformpädagogik, Weinheim und Basel 2011

Kindern stützte im Kontext sexueller Befreiung und angeblicher Förderung der kindlichen Sexualität. (vgl. Oelkers 2011, Füller 2011⁶). Recherchen über das Netz der Täterlobby, das den sexuellen Missbrauch an Kindern an dieser Schule stützte und trug, zeigen sich „pädophile“ Zusammenhänge auch bei manchen Eltern sowie innerhalb des Trägers der Odenwaldschule (Füller, Starke etc.). Es ist von daher logisch, dass sich auch LehrerInnen an der Schule bewarben, die in das „pädophile“ Netzwerk verwoben waren und erwarten konnten, dass sexueller Missbrauch verdeckt würde. Dass der Pädagoge und ev. Pfarrer Gerold Becker es bis zum Direktor der Schule bringen konnte, ist vor diesem Hintergrund verstehbar und gab ihm völlig freie Hand zur langfristigen und ungestörten Verübung des sexuellen Missbrauchs. Die Betroffenen haben darüber ausführlich Zeugnis abgelegt z.B. in dem Film „Wir sind nicht die Einzigen“ (Christian Röhl) und dem Bericht von Jürgen Dehmers; „Wie laut sollen wir noch schreien?“⁷.

Die Täterlobby: Wirksam bis heute

Schauen wir noch mal das ganze Netzwerk an, das den sexuellen Missbrauch mittrug und z.T. heute noch trägt: Zum Thema Täterlobby gehören auch die (wieder) neuen Aufdeckungen zu Einstellungen und Verhaltensweisen von Mitgliedern der Grünen, die sich bis vor der Skandalisierung von Dokumenten über Aussagen von Daniel Cohn-Bendit zu sexuellen Handlungen mit kleinen Mädchen in der Zeit der Kinderläden („Letztes Jahr hat mich ein 6jähriges Genossenmädchen verführt. Es war eines der schönsten und sprachlosesten Erlebnisse, die ich je hatte. Vielleicht war es so schön, weil es so sprachlos war. Es war das einzige Mal, wo es mir nicht zu früh kam“, Pflasterstand Nr. 21, 1978, S. 42.), niemals von ihrer Vergangenheit distanziert hatten, in der „Pädophile“ die Partei offenbar unterwandern und sich „pädophiles“ Gedankengut bei den Grünen verankern konnte. Sich aus der Täterlobby herauszulösen bedeutet eindeutig Stellung zu beziehen gegen se-

xuellen Missbrauch an Kindern und gegen Einstellungen und Handlungen aus früherer Zeit, die sexuelle Handlungen mit Kindern als progressiv etikettierten. Auch heute noch tun sich die Grünen schwer mit solch klarer Stellungnahme, die in Auftrag gegebene Aufarbeitung der Geschichte der Grünen im Kontext „Pädophilie“ wird als eigene Leistung dargestellt, ist jedoch unausweichliche Konsequenz der Skandalisierung Cohn-Bendits, der sich übrigens auch heute noch nicht ganz klar distanziert von seinen damaligen Handlungen woraufhin NetzwerkB den Rücktritt von seinen politischen Ämtern fordert (22.07.2013: netzwerkB Pressemitteilung), ebenso von Volker Beck, der in einem Artikel 1988 u.a. schrieb: „Eine Entkriminalisierung der Pädosexualität ist angesichts des jetzigen Zustandes ihrer globalen Kriminalisierung dringend erforderlich, nicht zuletzt weil sie im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen aufrechterhalten wird.“⁸). 1980 „formulierten die Grünen als eines ihrer Wahlziele die Aufhebung des gesetzlichen Verbots von sexuellen Kontakten Erwachsener mit Kindern. Erst als ein grüner Abgeordneter wegen der Vergewaltigung eines zweijährigen Mädchens angezeigt und verurteilt wurde, nahmen sie dieses Ziel 1985 aus dem Programm (vgl. Die „Kinderfreunde“ 1996). (vgl. Heiliger 2007, S.3) .

In einem neueren Artikel mit dem Titel „befreites Menschenmaterial“ erhob der taz-Journalist Christian Füller, der Autor der umfangreichen Recherche über den Missbrauch an der Odenwaldschule (s. Fn.4) u.a. die Forderung nach Anlaufstellen für Opfer grüner Taten: „Denn anders als Erzbischof Zollitsch weigert sich der grüne Bischof Trittin im Interview mit der Welt standhaft, eine Anlaufstelle für Opfer grüner Täter einzurichten. Darum schert sich bei den Grünen niemand, mehr noch, man macht sich lustig. Bei den Recherchen zur Frage, wie es in Cohn-Bendits Kindergarten der Frankfurter Universität 1972 nicht in der Fiktion, sondern in der Realität zugeht, bekommt man unter den damals Beteiligten schnell höhnische Bemerkungen zu hören:

⁶ Christian Füller: Sündenfall. Wie die Reformschule ihre Ideale missbrauchte, Köln 2011

⁷ Jürgen Dehmers: Wie laut sollen wir denn noch schreien? Die Odenwaldschule und der sexuelle Missbrauch, Reinbek b. Hamburg 2011

⁸ Beitrag „Das Strafrecht ändern? Plädoyer für eine realistische Neuorientierung der Sexualpolitik“ im Sammelwerk „Der pädosexuelle Komplex“ (Joachim S. Hohmann (Hrsg.), Verlag Foerster, Berlin, 1988.

„Gibt es Opfer? Hat sich schon jemand gemeldet, hahaha!“⁹

Die taz wollte diesen Artikel nicht bringen, netzwerkB war empört und wies daraufhin, dass es pädokriminelle Mitarbeiter auch in der taz gab. „Über ihr taz-Gründungsmitglied Dietrich Willier schrieb die taz in ihrem Nachruf 2009 voller Lob „Kinder vor allem gehörten zu seinem Leben... Willier arbeitete an der Odenwaldschule von 1969 bis 1972 als Kunstlehrer. In diesen Jahren missbrauchte Willier Schüler. Man weiß von neun Opfern“ (ebd.). Ein kleines Interview mit mir über Täterstrategien löste heftige Diskussionen in der taz aus, Füller schrieb mir eine sms: „die Täterlobby war sehr, sehr aktiv“.

In den 80er Jahren hat auch die AHS – Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität – mit ihrer Fachgruppe „Kindersexualität und Pädophilie“ Position zur Entkriminalisierung von Pädophilie bezogen. Dieses Papier – 1998 aktualisiert – war bis zum November dieses Jahres noch im Internet von der Website der AHS herunterzuladen und verteidigt „pädophile Menschen“, also den sexuellen Kontakt von Erwachsenen mit Kindern: „Bei der Pädophilie handelt es sich um eine sexuelle Orientierung, die sich die betroffenen Menschen nicht ausgesucht haben“, heißt es in dem Papier. Es gebe darunter – wie in jeder Beziehung – solche, die Gewalt und Machtmissbrauch betrieben, das sei jedoch kein Grund, diese Orientierung pauschal zu kriminalisieren. Die Diskriminierung der „Pädophilen“ beruhe „auf der weit verbreiteten Un- und Fehlinformiertheit der meisten Leute“ (AG Eltern und Angehörige „pädophiler“ Menschen¹⁰). Auf die der AHS bekannt gewordenen Kritik antwortet die AG: „Die AHS e. V. vertritt keine Position, wonach sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen und Kindern legalisiert werden sollen. Auch in der Vergangenheit hat keine anderslautende Vereinsposition der AHS e. V. bestanden. Zudem existieren auch keine anderslautenden Veröffentlichungen, die vom Vorstand der AHS e. V. als Vereinsposition gebilligt worden sind....Die AHS e. V. bemängelt jedoch an der aktuellen Diskussion die

Vermengung des Tabus sexueller Handlungen mit Kindern mit dem nun neu konstruierten Tabu des Vertretens entsprechend liberaler Meinungen, selbst wenn dies in anderem gesellschaftlichem Klima vor mehreren Jahrzehnten geschehen ist.“¹¹. Das Verbot des sexuellen Kontaktes zwischen Erwachsenen und Kindern wird als Sexualfeindlichkeit und „Entsexualisierung von Kindheit“ interpretiert. Daher leugnet er auch, dass der von ihm als gewaltfrei definierte sexuelle Kontakt mit dem Kind diesem psychischen oder physischen Schaden zufügt. Daher hat solch ein „pädophiler“ Mann kein Unrechtsbewusstsein in Bezug auf seine Handlungen, denn er sieht sie ja als natürlich und förderlich für das Kind an. Die „AG Pädo“ in der Aktion Humane Sexualität schreibt: „Solange diese von beiden Seiten gewollt und dem jeweiligen Entwicklungsstand des Kindes gemäß bejaht werden (d.h. Einvernehmlichkeit), solange in jeder Phase der (sexuellen) Begegnung die Bedürfnisse, Gefühle und Wünsche des jeweiligen Kindes Maßstab sind (d.h. Kindgemäßheit), solange keine Autoritätsstellungen und Abhängigkeiten ausgenutzt und solange gesundheitliche Risiken vermieden werden, sind sie trotz aller (und auch wegen mancher) Unterschiede für beide Seiten immer förderlich“ (www.ahs.de).

1993 füllten die sog. „Story-Dealer“ die Schlagzeilen der Berliner Presse: „Erzieher quälten 1.000 Ferienkinder“. Diese „Story-Dealer“ waren linke Soziologen und Pädagogen, die jahrelang kinderfreundliche Ferienzeiten anboten. In internen Briefen aus dem Bezirksamt Kreuzberg hieß es, das Konzept der „Story-Dealer“ berge ‚ideale Bedingungen‘ für pädophil veranlagte Teamer“ (die „Kinderfreunde“, S. 19). S.7. Auch aus München ist aus dieser Zeit bekannt, dass kein Problem darin gesehen wurde, Jungen bei bekanntermaßen „pädophilen“ Männern unterzubringen. Auch später gab es in München einen heftigen Protest anlässlich eines Gerichtsurteils über einen Mann, der Kinder in Seine Wohnung nahm und sie Pornograf. Bilder sehen ließ. Der Richter befand, die Kinder

⁹ Auf www.netzwerkB.org, netzwerkB-
Pressemittteilung-2013-08-26

¹⁰ www.ahs.de

¹¹ Namhafte Wissenschaftler/innen wie Helmut Kentler, Bleibtreu-Ehrenberg und Michael Baumann gehörten damals der AHS an u.a. auch Melitta Walter, ehemals Leiterin der Profamilia..

seien doch eh geschädigt und der Mann würde sich wenigstens kümmern – sie sprachen den Mann frei.

Bei ihren Recherchen für die Aufarbeitung der Grünen-Vergangenheit („Einfluss pädophiler Strömungen auf die Grünen in den 80er Jahren“) stießen die Wissenschaftler noch bei weiteren Organisationen auf Dokumente, in denen eine Entkriminalisierung von Pädophilie gefordert wurde. Dazu gehörten z.B. der frühere Jugendverband der FDP¹², die Jungdemokraten, pro familia sowie der Deutsche Kinderschutzbund (.vgl. der Tagesspiegel v. 08.10.2013).

Pro familia, mit 180 Beratungsstellen „der führende Verband zu Sexualität, Partnerschaft und Familienplanung in Deutschland“, hat ebenfalls in ihrer Zeitschrift in den 80er und 90er Jahren pädophilenfreundliche Ansichten verbreitet¹³ mit Beiträgen, die Sex von Erwachsenen mit Kindern gutheißen oder rechtfertigen. So z.B. der Soziologe Rüdiger Lautmann, der in der Ausgabe 3/1995 schrieb, der „echte Pädophile“ gehe „außerordentlich vorsichtig“ vor, eine Schädigung der Kinder sei „sehr fraglich“. Er argumentierte außerdem, es gebe „so etwas wie eine natürliche Willensübereinstimmung“ zwischen Erwachsenen und Kindern. Sein 1994 erschienenes Buch „Die Lust am Kind“ wurde im „Pro Familia Magazin“ ebenso positiv besprochen wie andere pädophilenfreundliche Bücher. (ebd.).

Der Deutsche Kinderschutzbund (DSKB), der vor der Skandalisierung des Missbrauchs durch die Frauenbewegung der 70er/80er Jahre („Väter als Täter“. Wildwasser) die Tat kaum thematisierte, sexuellen Missbrauch an Mädchen gar nicht, meldete sich mit öffentlichen Vorwürfen, Unterstellungen, eigenen Definitionen und Analysen zum sexuellen Missbrauch: Die Thematisierung und Problematisierung des Missbrauches richte sich gegen das „mo-

derne Konzept der Sexualität“ (Kinderschutzzentrum Berlin e.V., 1990, bei Ohl 1997, S. 122), Rückständigkeit, Sexualfeindlichkeit, Körperfeindlichkeit, Männerfeindlichkeit waren weitere Begriffe zur Diskreditierung der Aufdeckung und Skandalisierung sexuellen Missbrauchs. Der DSKB übertrug bekanntlich seine Arbeit gegen primär körperliche Gewalt an Kindern auf den sexuellen Missbrauch, der nur eine Variante der Misshandlung sei („sexuelle Misshandlung“). Mit dem Begriff „sexuelle Ausbeutung“ widersprachen sie der feministischen Analyse von Macht und Gewalt im sexuellen Missbrauch und nahmen die Täter aus der Verantwortung durch Betonung des systemischen Ansatzes und die damit verbundene Annahme einer „familialen Dynamik im Prozess sexueller Ausbeutung von Kindern“ (Abelmann-Vollmer 1989, S. 4). Mit der Lintas-Werbekampagne angeblich zur Aufklärung über sexuellen Missbrauch mithilfe der berühmten Plakate: „Vati war ihr erster Mann“, „Papis Liebe tut ihr weh“ und „Immer wenn sich die Gelegenheit ergibt, kann Onkel Paul nicht anders“ war die täterschützende Haltung des DSKB allein mit den verwendeten Begriffen: „Liebe“, „Mann“, „kann nicht anders“ dokumentiert, die die Gewalt und Täterschaft verdecken und Täter entlasten (vgl. Ohl 1997¹⁴). Im ergänzenden Text wird die Zielrichtung des Täterschutzes noch deutlicher, z.B. bei „Papis Liebe tut ihr weh“ hieß es: „Sabine ist Papis ‚Ein und Alles‘. Sie wird von ihm geliebt. Aber mehr als sie verkraften kann. Denn Papi vergeht sich sexuell an seiner Tochter. Dabei möchte er ihr doch nicht weh tun, er liebt sie doch. Und sie ist ja noch so klein. Er kann nur schwer sexuelles Verlangen und Zuneigung von einander trennen.... Sabines brauchen Hilfe, Sabines Väter brauchen Hilfe. Ihre Hilfe. Und unsere Hilfe, rufen Sie uns an...“. Die Plakate lösten heftige Empörung aus, die Glaubwürdigkeit des DSKB in der Öffentlichkeit wurde jedoch nur vorübergehend beschä-

¹² „Der parteipolitische Streit über Pädophilie erreicht die Liberalen: Eine FDP-Politikerin aus Hessen zieht ihre Bundestagskandidatur zurück. Hintergrund ist ein nun aufgetauchter Text von 1980, in dem sie über sexuelle Beziehungen zu Kindern schreibt. Er ist ihr heute "unvorstellbar peinlich".“

¹³ Pädophilie-Problem auch beim Verein Pro Familia, Der Tagesspiegel v. 08.10.2013 07

¹⁴ Ohl, Dagmar: Zwischen Kinderschutz und parteilichem Ansatz: Die Kontroverse um den sexuellen Missbrauch, in: Carol Hagemann-White/Barbara Kavemann/Dagmar Ohl: Parteilichkeit und Solidarität. Praxiserfahrungen und Streitfragen zur Gewalt im Geschlechterverhältnis, Bielefeld 1997

digt.¹⁵ „Rekonstruktion der bürgerlichen Moral des 18./19. Jhdts.“ (Ohl 1997, S. 134), Betrachtung von Kindern als asexuellen Wesen und die Tabuisierung erotischer Aspekte des Generationenverhältnisses, ja „repressive Sexualmoral“ waren weitere Unterstellungen von MitarbeiterInnen und SympathisantInnen des DSKB gegenüber der Arbeit gegen den Missbrauch. Der Kinderschutzbund allerdings musste sich den Vorwurf des Täterschutzes, der Ignoranz der Tat als Sexualstraftat, der Inkaufnahme fortgesetzter Täterschaft und des Verrates am Opferschutz gefallen lassen (vgl. Ohl 1997, Heiliger 2000, 2007¹⁶). Der Erhalt der Familie hatte hier Vorrang vor dem Opferschutz, Täterarbeit soll ohne strafrechtlichen Rahmen zukünftige Taten verhindern, die häufige Ambivalenz des Opfers gegenüber einem Täter aus der Familie/dem sozialen Nahraum (Abhängigkeit, Liebesbedürfnis, Unterlegenheit) wird benutzt, um die Tat zu verschleiern, den Täter zu entlasten. Die heftigen, in der Fachöffentlichkeit gekonnt lancierten Angriffe gegen die Kriminalisierung sexuellen Missbrauchs und den Ansatz der Parteilichkeit für die Opfer verstärkten Verunsicherungen im Umgang mit sexuellen Missbrauch und eigenen Ängsten: von „überzogenen Dramatisierungsbehauptungen als Bestandteil einer neuen repressiven Sexualmoral“ war die Rede (Ohl 1997, 140). Die These vom „Missbrauch mit dem Missbrauch“ war geboren und bewirkte einen empfindlichen Rückschlag für die Arbeit gegen den sexuellen Missbrauch. Die neuesten Recherchen¹⁷ zeigen, dass der Mitgründer der Kinderschutzzentren Reinhard Wolff, der „in der Pädophilenszene als wichtiger Mitstreiter“ galt, auch heute noch als Redner

¹⁵ Das Konzept des DSKB „Hilfe statt Strafe“, entwickelt aus der Arbeit mit Eltern, die ihre Kinder misshandeln und Hilfe suchen, übertrug der Kinderschutzbund auf den sexuellen Missbrauch und verursachte dadurch, so Elisabeth Trube-Becker in einem Interview „dass nur ein kleiner Prozentsatz der Misshandlungen bekannt wird und davon wieder nur ein kleiner Teil vor den Richter kommt“, in: *Psychologie heute*, Febr. 1993, S.11

¹⁶ Anita Heiliger: *Täterstrategien und Prävention*, München 2000, Anita Heiliger: *Sexueller Missbrauch an Kindern: 30 Jahre Öffentlichkeit, Aufklärung, Maßnahmen*, in: Wildwasser (Hg.): *Sexuelle Gewalt. Aktuelle Beiträge aus Theorie und Praxis*, Berlin 2007

¹⁷ Wigbert Lör: *Gefährliche Nähe*, in: *Stern* v. 10.10.2013, S. 62ff

und Ausbilder gefragt ist – ohne sich von der Vergangenheit zu distanzieren.

In Vergessenheit geraten sind neue Dimensionen des sexuellen Missbrauchs, die in den 90er Jahren den öffentlichen Blick auf sich zogen: der Verdacht massenhaften sexuellen Missbrauchs an Kindern in Verbindung mit satanischen Tötungsritualen wurde aufgrund von Aussagen der Kinder gegen den Erzieher in Coesfeld erhoben, eine ganze Dorfgemeinschaft in Flachslanden wurde angezeigt, Kinder gemeinschaftlich missbraucht zu haben, in Worms wurde ein Familienclan angezeigt ebenfalls wegen gemeinschaftlich begangenen Missbrauchs an den eigenen sowie fremden Kindern.¹⁸ Die TäterInnen wurden in all diesen Fällen freigesprochen, obwohl die Tatsache des Missbrauches vom Gericht im Prinzip nicht geleugnet wurde, aber: niemand bekannte sich schuldig, die Beweise reichten zur Überführung nicht aus, die Beschuldigungen der Kinder galten als suggeriert durch parteilich arbeitende BeraterInnen von Zartbitter Köln und Wildwasser. Der Schaden für die engagierten Projekte war riesig, der Rückenwind für Täterschutz verschärfte sich. Die Auswirkungen sind heute noch zu spüren, Unsicherheit im Umgang mit sexuellem Missbrauch und Verdachtsfällen, Ängste vor Falschbeschuldigungen und vor den Konsequenzen der Aufdeckung.

Christine Hofmeister¹⁹, eine Sozialpädagogin mit einschlägigen Erfahrungen in einer Fachstelle sexueller Kindesmissbrauch eines Stadtjugendamtes, hat eine empirische Studie über sozialpädagogisches Handeln bei „Verdachtsfällen“ vorgelegt: *„Sexuelle Kindesmisshandlung in der Familie – Die deprofessionalisierte Verdachtsabklärung in der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe“* (2011). Sie kommt darin zu dem Schluss: „Das sozialpädagogische Selbstverständnis in Bezug auf „Verdachtsfälle“ ist hilflos und in letzter Konsequenz desillusioniert, ein wirksames Handeln wird weder antizipiert noch in Erwägung gezo-

¹⁸ Vgl. u.a.: *Der Fall sprengt die Grenzen*. In: *Der Spiegel*. Nr. 7, 1994, S. 75–78

¹⁹ Christine Hofmeister: *Sexuelle Kindesmisshandlung in der Familie – Die deprofessionalisierte Verdachtsabklärung in der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe*, München 2011

gen. Psychosoziale Diagnose- und Beratungskompetenzen in multidisziplinärer Zusammenarbeit und die Nutzung einer Kontrollfunktion im Mantel des Wächteramtes werden dagegen vernachlässigt bzw. nicht ausreichend ausgeschöpft... Tatsache ist wohl, dass die Fachkräfte lieber an die Aussichtslosigkeit, dem Kinderschutz und dem Kindeswohl dienender, diagnostischer und intervenierender Bemühungen glauben, als sich, ihre Beruflichkeit und ihr professionelles Handeln in Frage zu stellen, und Fehleranalysen zu initiieren... Die Profession Soziale Arbeit muss sich zuschreiben lassen, dass das professionelle Handeln ihrer Fachkräfte in „Verdachtsfällen der innerfamiliären sexuellen Kindesmisshandlung“ degeneriert ist und „gewachsene Kulturen“, was Vermeidung, Intransparenz, das professionelle Schweigen usw. anbelangt, das Feld beherrschen“ (ebd. S. 204)

Wirksame Maßnahmen?

Die Bundesregierung war nach der großen Öffentlichkeit zu den eingangs genannten „Fällen“ enorm unter Druck zu handeln. Der „Runde Tisch Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ wurde eingerichtet unter dem gemeinsamen Vorsitz von 3 Bundesministerien und tagte mit rund 60 VertreterInnen aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft von März 2010 bis Herbst 2011 und es sind mehrere Berichte zu den Ergebnissen seiner Arbeit verfasst worden. Christine Bergmann als Unabhängige Beauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs schaffte eine Anlaufstelle für Betroffene, um das Missbrauchsgeschehen aufzuarbeiten und Empfehlungen für immaterielle und materielle Hilfen für Betroffene in Institutionen und im familiären Bereich zu erarbeiten. (Fegert u.a. 2013,Fn.1, S. 10ff). „Ich habe nie geglaubt, dass mir jemals zugehört wird! So haben es viele Betroffene formuliert“ (ebd.). Die den Runden Tisch begleitende Kampagne „Sprechen hilft“ ermutigte tausende von Betroffenen, zu sprechen oder zu schreiben. Eine telefonische Anlaufstelle mit 70 Fachkräften stand für Gespräche zur Verfügung, sie wurde wissenschaftlich begleitet und die Botschaften und Berichte der Betroffenen wurden für eine wissenschaftli-

che Aufarbeitung dokumentiert, die 2013 erschienen ist.

Ziel all dieser Aktivitäten der Bundesministerien war es, „das Thema sexueller Missbrauch zu enttabuisieren, ihm endlich die notwendige Aufmerksamkeit in der Gesellschaft zu verschaffen, damit Betroffenen geholfen werden kann und Kinder in Zukunft besser geschützt werden können.“ (Bergmann ebd. S. 13). Wenn viele der zahlreichen bisher unternommenen Bemühungen zur Enttabuisierung, Hilfe und Perspektive nicht den erwarteten Effekt hatten, so steht zu hoffen, dass diese große Anstrengung der Regierung mehr Wirkung zeigen wird z.B. mit der geplanten „Implementation von Standards in der Kinder- und Jugendhilfe und der Lösung der vielen angesprochenen Konflikte“ (ebd. S. 20).

Doch an Maßnahmen hatte es bisher eigentlich nicht gefehlt, z.B.:

- 1973 wurden im Strafgesetzbuch die §§174-184 „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ eingeführt,
- 1990 UN Kinderrechtskonvention, § 34 „Schutz vor sexuellem Missbrauch“,
- 1992 wurde diese vom Deutschen Bundestag ratifiziert,
- 2001 Europ. Aktionsplan zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch,
- 2003 deutscher Aktionsplan ... verabschiedet mit konzertierten Maßnahmen,
- 2003 Einführung des § 72SGB VIII zum Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen,
- 2004-2005 bundesweite Präventionskampagne der Bundesregierung unter dem Motto: „Hinsehen. Handeln. Helfen“ mit Servicetelefon, Plakaten, TV-Spots, Infoblättern, Internetseite, Seminaren...,
- 2006 Runder Tisch Heimerziehung zur Aufarbeitung von Gewalt und Missbrauch in den Heimen der 50er und 60er Jahre, Einrichtung eines Entschädigungsfonds und einer Stiftung,
- 2007 Übereinkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sex. Missbrauch,
- 2008 BAG Landesjugendämter: Handlungsrahmen für den Umgang mit sexueller Gewalt in Einrichtungen,
- 2010-2011 „Runde Tisch Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentli-

chen Einrichtungen und im familiären Bereich“ mit AGs, wiss. Begleitung, Anlaufstelle,

●2012 wurde *Bundeskinderschutzgesetz* verabschiedet infolge der dramatischen Fälle von Kindesmisshandlung: Netzwerk Frühe Hilfen, Einsatz von Familienhebammen in den Ländern und Kommunen, Befugnisnorm für Berufsheimnisträger zur Informationsweitergabe an das Jugendamt, Entwicklung, Anwendung und Überprüfung von Standards für die Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen und ihren Schutz vor Gewalt. Statt Meldepflicht bei Verdachtsfällen von Kindesmisshandlung allerdings nur eine Art Empfehlung, Beratung bei einer unabhängigen Fachkraft des Jugendamtes anzunehmen. Keine explizite Thematisierung von sexueller Gewalt und keine Anzeigepflicht.

●2013 Gesetz zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs, 2013 Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ des Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung für Eltern und Fachkräfte in Kitas, Schulen, Sportvereinen, Kirchengemeinden oder Kliniken mit Infoblättern und
●2013 Kampagne der Polizei: „Missbrauch verhindern!“ mit Informationen in erster Linie für Eltern und andere enge Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen.

Bis zu den „Missbrauchsskandalen“ ab 2010, beklagt Jörg Fegert, war es nicht gelungen, „die Problematik des sexuellen Missbrauchs in Institutionen als Teil einer selbstverständlichen Qualitätsentwicklung und Qualitätsdebatte breit zu berücksichtigen“ (Fegert 2013, S. 15) „Eher wurden spektakuläre Einzelfälle mit dem individuellen Versagen, mit der individuellen Pathologie einzelner Täter in Institutionen begründet. Die Aufarbeitung entsprechender Gelegenheitsstrukturen, die Klärung der Frage, wie es dazu kommen konnte, unterblieb weitgehend“ (ebd.).

Dabei entstanden bereits ab Anfang der Jahrtausendwende nach der ersten fachlichen Thematisierung sexuellen Missbrauchs in Institutionen Projekte, die sich damit auseinandersetzen, z.B. wie „sichere Orte für Kinder“ (vgl. Kroll u.a. 2003) geschaffen werden können. Es wurden bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch und zur Prävention Handlungsanleitungen und Ver-

fahrensrichtlinien entwickelt. Beratung für Einrichtungen wurden erarbeitet bei der Reflexion ihrer Strukturen in Bezug auf Mängel, die Täter für sich nutzen können, und bei Neustrukturierung ihrer Organisation zur Herstellung von größerer Sicherheit für Kinder und Jugendliche. Die Gefahr durch „Pädophile“ anzusprechen und klare Signale zu geben, dass keine Duldung entsprechender Verhaltensweisen von Seiten der MitarbeiterInnen erfolgt, gilt als wichtiges Element. Vor allem auf frühe Verhaltensweisen der Täter sei zu achten, mit denen er erst einmal testet, was in der Einrichtung möglich ist, wie die Kinder einerseits, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter andererseits reagieren, um dann ihre weiteren Strategien darauf abzustellen. Doch wurde auch betont, dass eine klare Abgrenzung von „Pädophilen“ und eine deutliche Verurteilung ihrer Taten erschwert wird durch die Tatsache, dass sich sehr viele Männer durch Kinder sexuell erregt fühlen. David Finkelhor schrieb einmal, dass fast alle Männer so empfinden würden. Auch Günther Amendt sprach in einem Artikel von 1980 (!) dieses Phänomen an: „Fast jedermann – fast jeder Mann – hat Gründe, seine eigenen Empfindungen zu durchforsten, wenn er sich auf dieses Thema einlässt. Ohne das Eingeständnis einer prinzipiellen Betroffenheit wird man dem Thema nicht gerecht ... Damit wäre jeder ‚gefährdet‘, der in einem pädagogischen Beruf arbeitet“ (Fastie 2004., S. 26).

Die Täterstrategien verfolgen in aller Regel ein gleiches Muster zur Auswahl der Opfer, der Annäherung an sie und der Realisierung des Missbrauchs (vgl. Heiliger 2000). Ansatzpunkt ist Bedürftigkeit und Wehrlosigkeit der Kinder - emotional und materiell. Für Zuwendung dulden sie den Missbrauch, sind unter Druck zu setzen und halten sich selbst für schuldig, „schweigen aus Angst, Scham und Schuldgefühlen“ (NetzwerkB 2.11.2013). Ruud Bullens der bekannte holländische Tätertherapeut kennt die Strategien der Täter und ist der Überzeugung, wenn diese ein Kind missbrauchen wollen, würden es ihnen gelingen (vgl. Heiliger 2000). Diese Strategien erschweren Prävention sexuellen Missbrauchs ungemein, es bedarf einer sehr hohen Sensibilität für das Thema, Informiertheit, Bereitschaft, das Thema anzu-

sprechen, Kompetenz im konkreten Umgang mit Verdachtsfällen und die Entschlossenheit, sich mit eigenen Verletzungen, Ängsten und Vermeidungstendenzen auseinanderzusetzen. Diese Entschlossenheit und die breite Aufklärung über Täterstrategien insbesondere in der Familie/im sozialen Nahraum als auch in Institutionen hat bisher in der Prävention gefehlt

Zu Ausmaß und Daten

Noch immer verfügen wir in der BRD über keine repräsentative Forschung zum Thema des Ausmaßes sexuellen Missbrauchs,²⁰ als Anhaltspunkt dient ausschließlich die PKS, die Anzeigeerstattung widerspiegelt. Obwohl Einigkeit darin besteht, dass es aufgrund der „heimlichen“ Tat ein großes Dunkelfeld gibt, ist dieses bisher nicht durch eine valide Dunkelfeldforschung erhellt worden, die das ganze Feld mit der Breite der Definitionen und Erscheinungsformen erfasst (KFN 1992 enge Definition nur mit Körperkontakt, Prävalenz 8,6% Frauen, 2,8% Männer betroffen, vgl. Zietlow 2010). Es ist bezeichnend für..., dass die Notwendigkeit für solch eine Forschung bisher nicht gesehen wurde. Seit 2010 – 2014 läuft die von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie MIKADO zur (freiwilligen) Befragung von SchülerInnen zu Erfahrungen mit sexuellem Missbrauch²¹. Jetzt haben vier Bundesländer ihre Mitarbeit abgelehnt, auch Bayern. Eine geplante Schülerumfrage an Schulen sei nicht möglich. Begründung: Die Schüler könnten mit den "krassen Fragestellungen" überfordert sein. „wir wollen im Schutzraum Schule keine Befragung zu Sexualität haben in unserem Bundesland“²². Diese Reaktion zeigt erneut die Schwierigkeit, sich mit der notwendigen Konsequenz und Radikalität dem Problem des sexuellen Missbrauchs zu stellen.

Die Zahlen der PKS zeigen sogar ab 1997 ein Rückgang der angezeigten Fälle um

30% (Zietlow 2010²³). Es gibt bisher keine Möglichkeit, diesen Rückgang im Hinblick auf das Vorkommen der Tat schlüssig zu erklären. Die Hoffnung auf eine deutliche Abnahme der Tat lässt sich durch viele Beobachtungen und Erfahrungen nicht bestätigen. Angesichts der immer krasserem Pornografisierung der Gesellschaft, die zunehmend in Bezug auf das Ausleben sexueller Wünsche alle Grenzen auflöst und in Pornografie und brutalisierten Formen der Prostitution stattfinden. Auch der „Markt“ für Kinderpornografie und –prostitution hat immense Ausmaße angenommen, die nur gelegentlich, wie bei der „sweetie“-Kampagne der niederländischen Gruppe von terre deshommes, öffentlich wird und strafverfolgt werden kann²⁴. Die Gruppe hatte die Daten von 1000 Pädosexuellen herausgefunden, die das computeranimierte zehnjährige Mädchen »Sweetie« zu sexuellen Handlungen aufgefordert hatten und dafür bezahlten. In jedem Moment sind nach Angaben von Vereinten Nationen und FBI etwa 750.000 Täter online auf der Suche nach minderjährigen Opfern. Weltweit werden mehrere 10.000 Kinder für Webcam-Kinderprostitution missbraucht (vgl. ebd.).

Solange es keine Meldepflicht für alle Fälle gibt, die in den verschiedenen Institutionen bekannt werden, ist eine Schätzung unmöglich. Aber gerade diese Meldepflicht und noch stärker eine Anzeigepflicht wird zwar immer wieder diskutiert maßgeblich anlässlich einer Gesetzesvorlage von Brigitte Zypis 2003 und aktuell im Rahmen einer AG beim Runden Tisch der Bundesregierung, aber immer wieder verworfen mit Hinweis auf die Opferverbände, die fürchten würden, dass sich weniger Opfer Hilfe holen würden. Die vergleichsweise geringe Verurteilung von Tätern (30% der im Gericht verhandelten Fälle, s. Zietlow a.a.O.), führt vor Augen, dass die meisten Täter daher nicht in die Verantwortung genommen und an weiteren strafbaren Handlungen gehindert werden. Dabei dürfte es

²⁰ „In der Bundesrepublik verfügen wir gegenwärtig nicht über aktuelle, repräsentative und wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse zur Thematik des sexuellen Missbrauchs von Kindern“ (Zietlow 2010).

²¹ Info auf www.dradio.de 25.07.2013: Bayern lehnt freiwillige Schülerumfrage zu Kindesmissbrauch ab

²² Bernd Siebler, Staatssekretär im bayerischen Kultusministerium

²³ Bettina Zietlow: Sexueller Missbrauch in Fallzahlen der Kriminalstatistik, in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Forum Online 2010, Ausgabe 3

²⁴ <http://www.tdh.de/was-wir-tun/arbeitsfelder/sexuelle-gewalt/neue-form-von-kindesmissbrauch-auf-dem-vormarsch-zehntausende-kinder-zu-webcam-prostitution-gezwungen.html>

allgemeines Wissen sein, dass sexuelle Missbraucher kaum therapierbar sind, als extrem therapieresistent gelten (vgl. Heiliger 2000)²⁵, das bedeutet, sie werden weitere Opfer suchen. Im Strafverfahren, wenn es denn eines gibt, steht die Glaubwürdigkeit der Aussage eines Kindes nach wie vor infrage. Die Kampagne „Missbrauch mit dem Missbrauch“ hat da ganze Arbeit geleistet, die bis heute wirkt.

Das erleben wir auf dramatische und erschütternde Weise in Sorge- und Umgangsrechtsverfahren, wenn der Verdacht sexuellen Missbrauchs zur Sprache kommt. Hier ist es bekanntlich die Argumentation mit dem sogenannten PAS, der angeblichen Manipulation des Kindes durch die Mutter und der angeblichen Suggestion, es sei missbraucht worden. Nachdem bereits seit vielen Jahren in Fachkreisen dieses angebliche Syndrom als widerlegt und nicht existent gilt (Heiliger 2003²⁶, Fegert 2008²⁷, Bruch 2008²⁸), wurde in Gutachten weiter mit der Manipulation vor allem durch die Mutter argumentiert. Nun hat die „amerikanische Fachgesellschaft für Psychiatrie (APA, American Psychiatric Association), die das in Amerika geltende und in der Forschung weltweit am meisten verbreitete Klassifikationssystem DSM herausgibt, den Antrag von PAS- Befürwortern endgültig abgelehnt, „parental alienation“ als diagnostizierbares psychiatrisches Störungsbild aufzunehmen“ (Fegert 2013)²⁹. Doch bisher ist der Gedanke der Unglaubwürdigkeit der kindlichen Aussage sowie der Mutter in den Köpfen von GutachterInnen und RichterInnen noch fest verankert und wird somit in aller Regel sexueller Missbrauch nicht berücksichtigt, ja geleugnet, betroffene Kinder und ihre Mütter erhalten keine Hilfe, im Gegenteil werden sie

zum Umgang gezwungen mit der Androhung, bei Aufrechterhalten des Verdachts als erziehungsunfähig erklärt zu werden³⁰. Dass bereits seit vielen Jahren AnwältInnen Müttern, die einen berechtigten Verdacht haben, dass ihr Kind vom Vater sexuell missbraucht wurde oder wird und den Zugang dieses Mannes zu ihrem Kind unterbinden wollen, geraten wird, diesen Verdacht nicht zu äußern, wenn sie ihr Sorgerecht nicht verlieren wollten, ist ein Skandal und eine Bankrotterklärung unseres Rechtssystems! Umso mehr als mehrfach genau das eingetreten ist und Mütter ihre Kinder verloren haben, die sie schützen wollten. Die Verzweiflung über die Situation dieser Mütter ist in den bundesweiten Beratungsstellen groß, nicht auszuhalten zusehen zu müssen, dass ein Mann, der allen verfügbaren Unterlagen nach, ein Täter ist, nicht nur weiter Zugang zu dem Kind bekommt, sondern es sogar der eigenen Verfügung mit Hilfe unseres Rechtssystems übergeben wird. In diesen Fällen kommt zur Einstellung Missbrauch mit dem Missbrauch und der benutzten Formel PAS die familienrechtliche Durchsetzung der vorrangigen Bedeutung des Kontaktes zum Vater hinzu. Trotz des verfügbaren und fundierten Wissens seit den 80er Jahren, dass der familiäre Rahmen die höchste Gefährdung für ein Kind darstellt, sexuell missbraucht zu werden, setzen sich Familiengerichte hierüber hinweg und liefern Kinder trotz deutlicher Hinweise Tätern aus.

Wenn Mütter gezwungen werden, ihr Kind zum Umgang mit einem Mann zu bringen, der ihrer festen Überzeugung nach dem Kind Schaden zufügt, werden sie genötigt, ihren Schutzinstinkt auszuhebeln, der Bedingung zum Überleben des Kindes ist. Sie erleben z.T. heftigste Ängste, dass der Mann dem Kind etwas antut, es verletzt, entführt, ja ermordet!!! Für Mütter, die aus Symptomen und Berichten ihrer Kinder wissen oder ahnen, dass sie (sexuelle) Gewalt erfahren, ist es Folter, sie an die Täter ausliefern zu müssen. Stundenlang, tagelang leben sie in Angst und werden noch verhöhnt von RichterInnen, Gutachte-

²⁵ Anita Heiliger: Therapie von Sexualstraftätern – eine kritisch Perspektive, in: Kofra 102/2000, S. 4-18

²⁶ Anita Heiliger: Das sogenannte PAS und die Missachtung des Kindeswillens, in: Heiliger/Wischnewski (Hg.): Verrat am Kindeswohl, München 2003, S. 229-243

²⁷ Jörg M. Fegert: Parental Alienation oder Parental Accusation Syndrome? In: Heiliger/Hack (Hg.): Vater um jeden Preis, München 2008, S. 194-214

²⁸ Carol S. Bruch in: Heiliger/Hack (Hg.): Vater um jeden Preis?, München 2008

²⁹ Vgl. Jörg M. Fegert: Endgültiges Aus für das Parental Alienation Syndrome (PAS) im amerikanischen Klassifikationssystem DSM-5, in: ZKJ 5/2013, S. 190

³⁰ Vgl. Anita Heiliger, Eva K. Hack (Hg.): Vater um jeden Preis? Zur Kritik am Sorge- und Umgangsrecht München 2008, auch als Download: www.anita-heiliger.de/html/vater_um_jeden_preis_fur_internet.pdf

Innen und SozialarbeiterInnen, die der Durchsetzung des Vaterkontaktes die oberste Priorität einräumen – sich gar berufen auf den hohen Rang des geltenden Rechts auf Vaterkontakt – ohne Rücksicht auf das tatsächliche Wohl und Interesse des Kindes. Die Situation hat sich nach dem Familienrechtsreformgesetz von 2008 verschärft, das in beschleunigtem Verfahren Umgänge bereits nach 4 Wochen vorsieht, ohne Gewalterfahrungen gegen die Kinder und/oder die Mütter zu berücksichtigen.

Alle Fachkräfte brauchen mehr Wissen über die Erscheinungsformen und Auswirkungen von sexueller Gewalt an Kindern sowie über Täterstrategien und die noch immer breite Täterlobby. Und sie brauchen Mut, um einen konsequenten Kinder- und auch Mütterschutz in Deutschland entwickeln und etablieren zu können.

Literatur:

- Bruch, Carol S. Parental Alienation Syndrome und Parental Alienation. Wie man sich in Sorgerechtsfällen irren kann, in: Heiliger/Hack (Hg.): Vater um jeden Preis? München 2008,
- Fegert, Jörg M.: Endgültiges Aus für das Parental Alienation Syndrome (PAS) im amerikanischen Klassifikationssystem DSM-5, in: ZKJ 5/2013, S. 190
- Fegert, Jörg M./Miriam Rassenhofer/Thekla Schneider/Alexander Seitz/Nina Spröder: Sexueller Kindesmissbrauch – Zeugnisse, Botschaften, Konsequenzen, Weinheim und Basel 2013
- Fegert, Jörg M.: Parental Alienation oder Parental Accusation Syndrome? In: Heiliger/Hack (Hg.): Vater um jeden Preis, München 2008, S. 194-214
- Füller, Christian: Sündenfall. Wie die Reformschule ihre Ideale missbrauchte, Köln 2011
- Dehmers, Jürgen: Wie laut sollen wir denn noch schreien? Die Odenwaldschule und der sexuelle Missbrauch, Reinbek b. Hamburg 2011
- Heiliger, Anita: Täterstrategien und Prävention, München 2000,
- Heiliger, Anita: Sexueller Missbrauch an Kindern: 30 Jahre Öffentlichkeit, Aufklärung, Maßnahmen, in: Wildwasser (Hg.): Sexuelle Gewalt. Aktuelle Beiträge aus Theorie und Praxis, Berlin 2007
- Heiliger, Anita: Therapie von Sexualstraftätern – eine kritisch Perspektive, in: Kofra 102/2000, S. 4-18
- Heiliger, Anita: Das sogenannte PAS und die Missachtung des Kindeswillens, in: Heili-

ger/Wischnewski (Hg.): Verrat am Kindeswohl, München 2003, S. 229-243

Heiliger, Anita/ Eva K. Hack (Hg.): Vater um jeden Preis? Zur Kritik am Sorge- und Umgangsrecht, München 2008, auch als Download: [www.anita-heiliger.de/htm/vater um jeden preis, für Internet.pdf](http://www.anita-heiliger.de/htm/vater_um_jeden_preis_fur_internet.pdf)

Hofmeister, Christine: Sexuelle Kindesmisshandlung in der Familie – Die deprofessionalisierte Verdachtsabklärung in der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe“, München 2011

Kroll, S.; F.Meyerhoff(Krüger); M.Sell (Hg.): Sichere Orte für Kinder Stuttgart 2003

Löer, Wigbert: Gefährliche Nähe, in: Stern v. 10.10.2013, S. 62ff

Ölkers, Jürgen: Eros und Herrschaft. Die dunklen Seiten der Reformpädagogik, Weinheim und Basel 2011

Ohl, Dagmar: Zwischen Kinderschutz und parteilichem Ansatz: Die Kontroverse um den sexuellen Missbrauch, in: Carol Hagemann-White/Barbara Kavemann/Dagmar Ohl: Parteilichkeit und Solidarität. Praxiserfahrungen und Streitfragen zur Gewalt im Geschlechterverhältnis, Bielefeld 1997

Zietlow, Bettina: Sexueller Missbrauch in Fallzahlen der Kriminalstatistik, in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Forum Online 2010, Ausgabe 3

Netzwerke/Aktionen Resolutionen

Aufruf: Gleichstellung jetzt – Gleichstellungspolitik stärken

Die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist im Grundgesetz in Art. 3 Abs. 2 als Staatsziel verankert. Es besteht eine Selbstverpflichtung der Bundesregierung, die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip zu verfolgen und als eigenständiges Politikfeld zu gestalten (Gemeinsame Geschäftsordnung Art. 2 und 3). Die hier genannten Prinzipien wurden bislang nicht umgesetzt – obwohl der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (2011) erheblichen Handlungsbedarf aufzeigt. Auch besteht keine Infrastruktur, die die Umsetzung des Staatsziels Gleichstellung flankiert, evidenzbasiert unterstützt und ein entsprechendes Monitoring leistet.

Es besteht Handlungsbedarf, denn:

- Frauen können ihre gute Ausbildung nicht in adäquate berufliche Karrieren umsetzen: Weibliche Jugendliche erzielen zwar höhere und bessere schulische Qualifikationen, haben aber geringere Chancen als Jungen bzw. Männer, diese Bildungszertifikate am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verwerten (Erster Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2011, S. 88/109).
- Gender Pay Gap: 2012 lag der unbereinigte Gender Pay Gap (Bruttostundenverdienst) für Deutschland bei 22 Prozent (Statistisches Bundesamt).
- Gender Pension Gap: Der Gender Pension Gap in Deutschland liegt bei 59,6 Prozent (BMFSFJ 2011, S.7).
- Existenzsichernde Beschäftigung: Der Anteil der beschäftigten Frauen im Haupterwerbssalter (25 bis 60 Jahre) ohne existenzsicherndes Einkommen lag 2010 bei 62 Prozent (Männer: 29 Prozent). 74 Prozent der weiblichen und 43 Prozent der männlichen Beschäftigten verdienen nicht genug, um langfristig für sich und ein Kind sorgen zu können (Pimminger 2012, S. 32).
- Lebenserwartung von Männern: Männer leben in Deutschland im Durchschnitt ca. 5 Jahre kürzer, als es die heutigen Lebensverhältnisse und die medizinische Versorgung zulassen würden (Statistisches Bundesamt 2011).

Wir schlagen deswegen vor:

- Die Gleichstellungspolitik wird mit erweiterten Federführungskompetenzen und zusätzlichen Ressourcen als eigenständiges Politikfeld gestärkt. Gleichstellungspolitik braucht Sichtbarkeit und soll nicht weiter faktisch der Familienpolitik untergeordnet werden.
- Eine durchgängige Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen (Leitprinzip Gleichstellung bzw. Strategie Gender Mainstreaming) wird endlich zum Grundprinzip des Regierungshandelns.
- Ein regelmäßiger Gleichstellungsbericht (mindestens einmal in der Legislatur) wird als gesetzlicher Auftrag der Bundesregierung verankert.
- Es wird eine dauerhafte Infrastruktur eingerichtet, die die Bundesregierung durch die Aufbereitung von Daten, Transfer, Koordination, wissenschaftli-

che Beratung, Monitoring und Öffentlichkeitsarbeit in Gleichstellungsfragen unterstützt. So wird im Ersten Gleichstellungsbericht (S. 35) ein „Forschungszentrum zur Gleichstellung“ empfohlen.

Wer diesen Vorschlag unterzeichnen möchte, schickt bitte eine E-Mail mit Namen an die Emailadresse: gleichstellung-jetzt@gmx.de

Quellen:

BMFSFJ (2011): Neue Wege – gleiche Chancen: Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf: Erster Gleichstellungsbericht. Url: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Erster-Gleichstellungsbericht-Neue-Wege-Gleiche-Chancen,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (09.09.2013).

BMFSFJ (2011): Gender Pension Gap. Entwicklung eines Indikators für faire Einkommensperspektiven von Frauen und Männern.

Pimminger, Irene (2012): „Existenzsichernde Beschäftigung von Frauen und Männern“. Agentur für Gleichstellung im ESF (Hg.). www.esf-gleichstellung.de/fileadmin/data/Downloads/Aktuelles/expertise_existenzsichernde_beschaeftigung.pdf (09.09.2013).

Statistisches Bundesamt (DESTATIS) (ohne Jahr): Gender Pay Gap.

www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdienstunterschiedeMaennerFrauen/Tabellen/Verdienstabstand.html(09.09.2013)

Statistisches Bundesamt (DESTATIS) 2011: Pressemitteilung Nr. 344 vom 02.10.2012: Lebenserwartung in Deutschland erneut gestiegen./www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/10/PD12_344_12621.html (10.09.2013)

<http://gleichstellung-jetzt.net/>

medica mondiale:

Unterstützung für Überlebende und ein Ende der Straflosigkeit

medica mondiale dringt auf Engagement der Bundesregierung im weltweiten Kampf gegen sexualisierte Kriegsgewalt

Am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen fordert die Frauenrechtsorganisation *medica mondiale* die Bundesregierung auf, endlich eine verbindliche Umsetzungsstrategie zur Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates aus dem

Jahr 2000 auf den Weg zu bringen. Die Resolution ruft Konfliktparteien dazu auf, die Rechte von Frauen zu schützen und sie gleichberechtigt in Friedensverhandlungen und den Wiederaufbau mit einzubeziehen. "Ich erwarte ein klares Eintreten der neuen Bundesregierung für die Rechte von Frauen und Mädchen. Dazu gehören konkrete Schritte zur Unterstützung Überlebender sexualisierter Gewalt und der politische Wille, sich für dieses Thema auch gemeinsam mit BündnispartnerInnen langfristig und nachhaltig zu engagieren", erklärt Monika Hauser, Gründerin von *medica mondiale*.

Vom zukünftigen Außenminister, ob Frau oder Mann, wünsche sie sich, so Hauser weiter, ein deutlich sichtbares Engagement für die Initiative "Preventing Sexual Violence in Conflict" des britischen Außenministers William Hague. Dieser fordert Gelder für die Beratung und Begleitung von Überlebenden sexualisierter Gewalt sowie politisches Engagement seitens der G8-Nationen. Konkret soll ein Internationales Protokoll zur Untersuchung und Dokumentation von sexualisierter Kriegsgewalt erarbeitet werden. "Ein solches Protokoll stärkt Frauenrechte und setzt der Straflosigkeit der Täter ein Ende", erklärt Hauser. "Es stünde der Bundesregierung gut zu Gesicht, im Kampf gegen sexualisierte Kriegsgewalt eine proaktive, prominente Rolle zu übernehmen und politischen Bekenntnissen Taten folgen zu lassen."

medica mondiale setzt sich seit 1993 ein für traumatisierte Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten. Dabei versteht sich die Organisation als Anwältin für die Rechte und Interessen von Frauen, die sexualisierte Kriegsgewalt überlebt haben. Neben gynäkologischer Versorgung, psychosozialer und rechtlicher Unterstützung bietet medica mondiale Programme zur Existenzsicherung und leistet politische Menschenrechtsarbeit.

www.medicamondiale.org

www.werbrauchtfeminismus.de Die Kampagne

"Wer braucht Feminismus?" ist die deutschsprachige Version der amerikanischen Kampagne "Who needs feminism?".

Ziel der Kampagne ist, einen Beitrag zum Imagewandel von Feminismus zu leisten. Wir möchten dazu beitragen, dass sich die negativen Assoziationen verringern, die Menschen davon abhalten, sich mit Feminismus und damit mit der Verwirklichung von globaler Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen zu identifizieren. Denn wer sich als Feministin oder Feminist bezeichnet, sieht sich auch heutzutage nicht selten mit einer Reihe von Vorurteilen konfrontiert: Männerhass, BH-Verbrennung und weinerlicher Liberalismus sind nur einige von ihnen. Haben diese Klischees wirklich etwas mit Feminismus zu tun? Beschreibt Feminismus nicht einfach nur das Bekenntnis zur politischen, ökonomischen und sozialen Gleichheit der Geschlechter? Doch "Wer braucht Feminismus?" möchte nicht eine einzige 'offizielle' Definition von Feminismus abgeben. Wir möchten den Dialog über Feminismus und seine Bedeutung in unserem täglichen Leben anregen, indem wir euch bitten, euer persönliches Argument für Feminismus mit uns zu teilen. Seit Oktober 2012 sammeln wir nun "Ich brauche Feminismus..."-Argumente auf Deutsch – täglich erreichen uns neue Statements. Ihr findet sie auf unseren Internetplattformen bei Facebook, unter den Hashtags #ichbrauchefeminismus #wirbrauchenfeminismus und #werbrauchtfeminismus auf Twitter und auf Tumblr.

Wir haben viele Ideen für Aktionen im Rahmen unserer Kampagne, für die wir noch Budget benötigen. Wir freuen uns über Kooperationen und Unterstützung und über Hinweise bezüglich der Finanzierungsmöglichkeiten für u.a. unsere Aktionsstände, eine Wanderausstellung, eine virtuelle Ausstellung, eine Publikation und Anzeigen. Unter anderem sammeln wir Spenden. Wer eine Möglichkeit sieht, uns zu unterstützen, erreicht uns am besten unter Kontakt.

Was wir planen

AKTIONSSTÄNDE: Wir möchten künftig regelmäßig und bundesweit bei verschiedenen Veranstaltungen mit einem Aktionsstand vertreten sein. Unseren ersten "Wer braucht Feminismus?"-Aktionsstand hatten wir im Juni 2013 auf dem alljährlichen 'Festival contre le racisme' an der Universität Hannover. Wir sind dort mit vielen Interessierten ins Gespräch kommen und haben

u.a. auch Kampagnenfotos mit BesucherInnen erstellen und "Ich brauche Feminismus..."-Argumente gesammelt. Am Stand hatten wir neben Postkarten, Aufklebern, Flyern und Buttons und ein paar Überraschungen für euch.

WANDERAUSSTELLUNG: In Planung haben wir außerdem eine Wanderausstellung mit einer Auswahl an "Wer braucht Feminismus?"-Motiven. Einrichtungen, die Ausstellungsräume zur Verfügung stellen können und an unserer Ausstellung Interesse haben können sich gerne bereits bei uns melden.

VIRTUELLE AUSSTELLUNG: Neben einer Präsenz-Ausstellung sind wir dabei, ein Konzept für eine Online-Ausstellung mit dem Titel Was ist Feminismus? zu entwickeln.

PUBLIKATION: Längerfristig möchten wir eine "Wir brauchen Feminismus!"-Publikation zur Kampagne veröffentlichen und suchen derzeit noch nach einem Verlag.

ANZEIGENKAMPAGNE: Zudem möchten wir gerne Anzeigen mit Kampagnenmotiven von "Wer braucht Feminismus?" schalten – wann und wo immer möglich – und freuen uns über weitere Medienkooperationen.

www.werbrauchtfeminismus.de

Nach Massenprotesten: Redcoon wird vom Werberat öffentlich gerügt

Nach zahlreichen Beschwerden aus der Bevölkerung hat der Deutsche Werberat die Firma Redcoon für ihre aktuelle Werbekampagne öffentlich gerügt. Auch nach Meinung des Werberats vermittelten die Werbemaßnahmen „den Eindruck, dass Frauen generell ‚billig‘ und leicht verfügbar seien. Ein Bezug zu den vom Online-Händler vertriebenen Produkten sei rein künstlich. Der Begriff ‚billig‘ würde durchgehend mit sexuellen Anspielungen verbunden und dadurch doppeldeutig aufgeladen.“ Nach anfänglicher Weigerung auf die öffentliche Rüge vom Werberat zu reagieren, hat sich das Unternehmen Redcoon inzwischen bereit erklärt, drei vom Werberat gerügte TV-Spots gegen einen nicht beanstandeten Spot auszutauschen. Zu den Internet-Spots hingegen hat sich Redcoon weiterhin nicht geäußert. Zumin-

dest teilweise zeigt sich am Fall Redcoon, dass sich der Protest lohnt!

www.frauenrechte.de

EMMA: Der Appell gegen Prostitution

Prostitution ist „das älteste Gewerbe der Welt“? Prostitution ist „ein Beruf wie jeder andere“? Prostitution wird es immer geben, denn ihre Abschaffung ist utopisch? Falsch. Auch die Abschaffung der Sklaverei galt vor gar nicht so langer Zeit noch als Utopie. Und auch wenn die Sklaverei aus unserer Welt keineswegs ganz verschwunden ist, so wäre es heutzutage für einen aufgeklärten, demokratischen Staat doch undenkbar, die Sklaverei zu tolerieren oder gar zu propagieren.

Doch genau das tut Deutschland mit der Prostitution: Es toleriert, ja fördert diese moderne Sklaverei (international „white slavery“ genannt). Die Reform des Prostitutionsgesetzes 2002, die angeblich den geschätzt 700.000 Frauen (Mittelwert) in der Prostitution nutzen sollte, trägt die Handschrift der Frauenhändler und ihrer LobbyistInnen. Seither ist Deutschland zu Europas Drehscheibe für Frauenhandel und zum Paradies der Sextouristen aus den Nachbarländern geworden. Ein deutscher Sonderweg. Selbst die Niederlande rudern zurück. Die skandinavischen Länder haben schon vor Jahren die Ächtung und Bestrafung der Freier eingeführt. Und Frankreich und Irland sind im Begriff, es ihnen nachzutun.

Weltweit sind Frauenhandel und Prostitution, beides untrennbar miteinander verbunden, heute neben dem Waffen- und Drogenhandel das Geschäft mit den höchsten Profitraten (über 1.000 Prozent). Profit nicht für die Frauen. Selbst die Minderheit deutschstämmiger Prostituiertes, oft schon als Kinder Opfer sexueller Gewalt, landet zu über 90 Prozent in der Altersarmut. Ganz zu schweigen von den Ausländerinnen aus der Armut- und Zwangsprostitution.

Das System Prostitution ist Ausbeutung und zugleich Fortschreibung der traditionell gewachsenen Ungleichheit zwischen Männern und Frauen (und Ländern/Kontinenten). Das System Prostitution degradiert Frauen zum käuflichen Geschlecht

und überschattet die Gleichheit der Geschlechter. Das System Prostitution brutalisiert das Begehren und verletzt die Menschenwürde von Männern und Frauen – auch die der sogenannten „freiwilligen“ Prostituierten.

Darum fordern wir von Politik und Gesellschaft:

- Eine Gesetzesänderung, die der Deregulierung von Frauenhandel und Prostitution schnellstmöglich Einhalt gebietet und die Frauen sowie die Minderheit männlicher Prostituierten schützt.
- Prävention in Deutschland und in den Herkunftsländern, sowie Hilfen zum Ausstieg für Frauen in der Prostitution. Und Schutz vor Abschiebung von Zeuginnen sowie deren Aufenthaltsrecht.
- Aufklärung über die Folgen von Frauenkauf bereits in den Schulen etc.
- Ächtung und, wenn nötig, auch Bestrafung der Freier; also der Frauenkäufer, ohne die dieser Menschenmarkt nicht existieren würde.
- Maßnahmen, die kurzfristig zur Eindämmung und langfristig zur Abschaffung des Systems Prostitution führen.

Ein menschenwürdiges Leben ist denkbar.

Zustimmung per Mail an:

redaktion@emma.de (unter Angabe von Namen, Beruf und Wohnort);

Per Fax an 0221/60 60 60 29; Per Post an EMMA, Bayenturm, 50678 Köln

Gerechtigkeit, Entwicklung und Frieden für die Frauen dieser Welt

Medica mondiale zum Tag der Menschenrechte.

65 Jahre Menschenrechtserklärung, 65 Jahre Kampf um Würde und körperliche Unversehrtheit.

Die 17-jährige Shakila aus Kabul wird von ihrem Mann mit einem Schuss ins Gesicht getötet, zwei Frauen in der Provinz Faryab werden von ihren Söhnen ermordet, ein Mann tötet seine Schwiegertochter und seine acht und zehn Jahre alten Enkel – die Liste aktueller Fälle von Gewalt gegen Frauen in Afghanistan ist erschreckend lang. „Trotz des unermüdlichen Einsatzes unserer Kolleginnen von *Medica Afghanistan* und anderer Frauenorganisationen zum Schutz und zur Stärkung von Frauen und Mädchen verschlechtert sich deren Situa-

on dramatisch“, erklärt Monika Hauser, Gründerin von *medica mondiale*, am Tag der Menschenrechte.

„65 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das bedeutet für mich 65 Jahre Kampf für die Durchsetzung der gleichen und unveräußerlichen Rechte von Frauen und Mädchen weltweit“, so Hauser weiter. Im Mittelpunkt dieser Anstrengung stünden die Achtung ihrer Würde und ihrer körperlichen Unversehrtheit als Grundlagen für Gerechtigkeit, Entwicklung und Frieden in der Welt.

„Ich möchte daran erinnern, dass es laut Menschenrechtserklärung Pflicht aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen – also auch Afghanistans – ist, die Menschenrechte in ihren nationalen Rechtssystemen zur vollen Geltung zu bringen“, mahnt Hauser. Die deutsche Bundesregierung müsse die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Durchsetzung von Frauenrechten nicht nur, wie im aktuellen Koalitionsvertrag festgeschrieben, zur Querschnittsaufgabe in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit machen. Genauso wichtig sei es, die Verletzung dieser Menschenrechte immer wieder beim Namen zu nennen und im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik die Umsetzung der UN-Resolution 1325 einzuklagen.

Seit 2002 hat *medica mondiale* in Afghanistan mehr als 7.000 von sexualisierter Gewalt betroffene Frauen mit Beratungsprogrammen, Rechtshilfe und Menschenrechtsarbeit unterstützt. Die derzeitige Situation von Frauen und Mädchen in Afghanistan erfüllt die Frauenrechtsorganisation mit großer Sorge. Fundamentalistische Kräfte, aber auch die afghanische Regierung selbst, stellten seit Monaten gesetzlich festgeschriebene Frauenrechte in Frage. Dadurch gerieten afghanische Frauenrechtsverteidigerinnen massiv unter Druck: Anfeindungen, Einschüchterungsversuche und Mordanschläge seien keine Einzelfälle. Hier bedarf es, so Hauser, eines entschiedeneren Eingreifens der internationalen Gemeinschaft für die Sicherung und Verwirklichung von Frauenrechten in Afghanistan.

medica mondiale setzt sich seit 1993 ein für traumatisierte Frauen und Mädchen in

Kriegs- und Krisengebieten. Dabei versteht sich die Organisation als Anwältin für die Rechte und Interessen von Frauen, die sexualisierte Kriegsgewalt überlebt haben. Neben gynäkologischer Versorgung, psychosozialer und rechtlicher Unterstützung bietet medica mondiale Programme zur Existenzsicherung und leistet politische Menschenrechtsarbeit.

www.medicamondiale.org

Online Unterstützung gegen Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Frauen ist weltweit die häufigste Menschenrechtsverletzung.

Der Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt ist eine Pflichtaufgabe des Staates.

Ich fordere Parlament und Regierung auf

- zu gewährleisten, dass alle von Gewalt betroffenen Frauen und ihre Kinder sicher, schnell, unbürokratisch und bedarfsgerecht Schutz und qualifizierte Hilfe in einem Frauenhaus ihrer Wahl erhalten können
- sicherzustellen, dass alle Frauenhäuser als Einrichtungen auf gesetzlicher Grundlage verlässlich finanziert werden, sowie räumlich und personell gut und barrierefrei ausgestattet sind

Für die Online-Unterstützung bitte das Formular auf der Internetseite

<http://www.schwerewegeleichtmachen.de> benutzen!

Europe Needs Feminism! Feministische Parteien Europas

Die feministischen Parteien Europas bereiten ihren Einzug ins Europaparlament vor. Im August 2013 haben sich die Feministischen Parteien Europas zur 4. Konferenz der Europäischen Parteien in Uppsala/Schweden getroffen. An der Konferenz nahmen teil:

- die Feministische Partei DIE FRAUEN
- die polnischen Partia Kobiet,
- die spanischen Iniciativa Feminista
- die schwedischen Feministisk Initiative, die eingeladen hatte.

Die gemeinsame Abschlusserklärung bildet den Rahmen für die weitere europäische Zusammenarbeit:

Inhaltliche Forderungen:

- Europa braucht den Feminismus! Europa braucht nachhaltige feministische Politik und eine feministische Fraktion im Europaparlament!
- Das in Danzig verabschiedete 14-Punkte-Programm wurde um die Forderung nach einer ökologisch nachhaltig gestalteten Politik ergänzt. Das vollständige 15-Punkte-Programm der Konferenz der Feministischen Parteien Europas finden Sie im Anhang.
- Weiterhin stellte die Konferenz fest, dass die Bedingungen für die Zulassung von Parteien zur Europawahl in den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sehr unterschiedlich und insbesondere für Frauenparteien schwierig sind. Diese Bedingungen berücksichtigen nicht die Lebensbedingungen und die Möglichkeiten eines politischen Engagements von Frauen. Europas Bürgerinnen werden in ihren Möglichkeiten zur Partizipation an europäischer Politik und in ihrer Entscheidung für eine feministische Politik eingeschränkt. Deshalb fordert die Konferenz der Feministischen Parteien Europas erleichterte, geschlechtergerechte sowie gleiche Bedingungen für die Zulassung zur Europawahl in den Staaten der Europäischen Union.

Europäische Zusammenarbeit:

- Auf europäischer Ebene wird ein Wettbewerb ausgeschrieben: gesucht wird ein gemeinsames Logo der feministischen Parteien Europas. Bis zum 31.12.13 können Vorschläge an die nationalen Vorstände der feministischen Parteien eingereicht werden. Die Ausschreibungsunterlagen für Interessentinnen und Interessenten aus Deutschland befinden sich im Anhang.
- Zwei Hashtags in werden zukünftig auf die Notwendigkeit einer feministischen Fraktion im Europaparlament ab 2014 hinweisen: #EUFeminist2014 und #EU-quality.
- Die offene facebook-Gruppe „Feminist Parties of Europe“ bietet eine internationale Plattform für das gemeinsame Motto: Europe Needs Feminism!
- Geplant ist ein gemeinsamer Besuch des Europäischen Parlaments im Vorfeld der Wahlen 2014. Dieser wird ein-

hergehen mit spektakulären Aktionen in Brüssel und Strassburg.

Planung der nächsten Konferenzen:

- Die nächste und 5. Konferenz der Feministischen Parteien Europas soll 2014 vor der Europawahl in Strassburg stattfinden und von Aktionen begleitet werden.
- Die 6. Konferenz der Feministischen Parteien Europas soll 2015 in Las Palmas / Spanien stattfinden

Presseerklärung Feministischen Partei vom 15. Dezember 2013

Glosse von Luise F. Pusch

„Prostituierte“ – ein seltsames, verräterisches Wort

Gestern sahen und hörten wir auf arte Verdis Oper „La Traviata“ live aus der Mailänder Scala, mit Diana Damrau in der Titelrolle. Joey, die die Oper nicht kannte, erkundigte sich nach dem Beruf der Violetta, und ich sagte: „Sie ist eine Kokotte bzw. Kurtisane und wird von einem reichen Liebhaber ausgehalten.“

Bei Wikipedia liest sich das so: „Eine Oper über eine Edelprostituierte (damals Kurtisane), die ... an der Lungentuberkulose zugrunde geht...“

„Edelprostituierte“, das klingt wie Edelschimmel und Edelknitter. Knitter und Schimmel sind eigentlich nicht so doll, aber mit einem „Edel“ davor sind sie nicht nur rehabilitiert, sondern geradezu - ja, eben veredelt. Dito die Edelprostituierte.

Zu „Kurtisane“ meldet Wikipedia:

Wie die Mätresse wurde auch die Kurtisane als Geliebte eines oder mehrerer Männer von Adel oder Vermögen von diesen ausgehalten, ... doch im Unterschied zur Mätresse war ihre Rolle nicht institutionalisiert und ihre Beziehungen gestalteten sich sehr viel wechselnder. ...

In der Weltliteratur ist das bekannteste Beispiel einer Kurtisane ... die Kameliendame in dem gleichnamigen Roman von Alexandre Dumas d. J. aus dem Jahr 1848. Er

war die Vorlage für die Oper La Traviata von Giuseppe Verdi.

Neulich schrieb mir eine Facebookfreundin zu den laufenden Kampagnen gegen die Prostitutionsgesetzgebung in Deutschland, die endlose Reihe der Synonyme für das Wort „Prostituierte“ gehöre aber auch mal unter die Lupe genommen. Ich recherchierte ein wenig im Internet und fand folgendes:

Synonymgruppen für Prostituierte:

Bordsteinschwalbe (umgangssprachlich), Callgirl, Dirne, Dorfmatratze (derb), Edelnutte, eine, die das älteste Gewerbe der Welt betreibt (umgangssprachlich), eine, die es für Geld macht (umgangssprachlich), Escort, Escortgirl, Flittchen, Frau für spezielle Dienstleistungen, Freudenmädchen, Gunstgewerblerin, Hartgeldnutte (derb), Hetäre (gehoben), Hure (derb), Kokotte (veraltet), Kurtisane, leichtes Mädchen (umgangssprachlich), Liebesdame, Liebedienerin, Liebesmädchen, Nutte (derb), Professionelle (umgangssprachlich), Prostituierte, Schlampe (derb), Sexarbeiterin (fachsprachlich), Straßendirne, Straßenmädchen (umgangssprachlich), Straßenprostituierte, Strichmädchen (umgangssprachlich), Oberbegriff: Berufstätiger. Die letzte Zeile/Beobachtung fand ich besonders gelungen!

Fürwahr ein beeindruckender Wortschwall, der den Benutzern der Prostituierten da eingefallen ist. Aber sie hatten ja auch viel Zeit, für „das älteste Gewerbe der Welt“ die nettesten Kosenamen zu ersinnen.

Die Nomenklatur für die Benutzer nimmt sich dagegen mehr als bescheiden aus:

Synonymgruppen für Freier:

Oberbegriff Bursche, Dude, erwachsene männliche Person, Herr, Kerl, Macker, Mann, (jemandes) Mannen, männliche Person, männliche Person, männlicher Mensch, Mannsbild, Mannsperson, Person männlichen Geschlechts, Typ, Y-Chromosom-Träger

Wie langweilig, nichtssagend und noch dazu irreführend. Wikipedia wird etwas deutlicher:

Als Freier wird im Jargon der Prostitution eine Person bezeichnet, die für sexuelle Dienstleistungen bezahlt. Der Freier bzw. die Freierin ist demnach meist der ökonomische

mische „Handelspartner“ einer/eines Prostituierten. Der männliche Freier wird von Prostituierten auch als „Gast“ bezeichnet. Der weibliche Freier wird häufig als Kundin bezeichnet, der den Callboy oder auch die weibliche Prostituierte bezahlt. Der homosexuelle männliche Freier ist der Geschäftspartner von Callboys und Strichern (Strichjungen). Freier stammen in der Regel aus allen sozialen Schichten. Was für eine egalitäre, durchgegenderte Sprache! Als ob „der weibliche Freier“ die Regel wäre. Aber „der weibliche Prostituierte“ kam sogar diesen Genderwütigen anscheinend etwas abseitig vor...

Bei aller Genderei dennoch ein sehr dürftiges Vokabular. Aber immer korrekt und proper, „Edelfreier“ oder sowas ist da gar nicht nötig, denn ein „Freier“ ist sowieso schon sehr edler Abkunft. Wir kennen ihn aus den griechischen Heldensagen, wo Penelope sich jahrelang der sie belagernden Freier erwehren musste, weil ihr Odysseus nicht daran dachte, mal wieder zu Hause reinzuschauen. Und dann all die Märchen und Opern und Märchenoper, in denen die Prinzessin meistbietend an denjenigen ihrer Freier verhöckert wird, der irgendwelche spinnerten Aufgaben am besten erledigt. Viele scheitern edel daran - und da haben wir sie schon, die Edelfreier. Z.B. die Freier der Prinzessin Turandot, die sie umschwärmen wie Motten das Licht und dabei umkamen.

Da lobe ich mir das Englische. Der Freier heißt „John“. Und das ist auch das Wort für das Klo.

Das meistgebrauchte Wort im ganzen Wortfeld - „Prostituierte“ - ist linguistisch auch das interessanteste. Es ist ein substantiviertes Perfektpartizip, ähnlich wie „die Delegierte“ oder „die Abgeordnete“. Eine Delegierte ist eine, die von anderen delegiert wurde. Eine Abgeordnete ist eine, die abgeordnet wurde. Aber eine Prostituierte, wurde sie etwa von jemandem prostituiert? Nein, sie prostituiert sich selbst. Das Verb (von lateinisch prostituere „nach vorn/zur Schau stellen, preisgeben“- Wikipedia), heißt nicht „jemanden prostituieren“ sondern „sich prostituieren“.

Eine, die sich prostituiert, ist also eine Prostituierte. Aber eine, die sich auskotzt,

ist keine Ausgekotzte. Und eine, die sich beschwert, ist keine Beschwerte.

Das Wort „die Prostituierte“ ist ein klarer Hinweis darauf, dass jemand, ein anderer, die betreffende Frau prostituiert. Wir wissen es ja auch alle - die meisten Prostituierten tun es nicht freiwillig, sondern unter oft entsetzlichem Zwang.

Aber das Verb „jemanden prostituieren“ gibt es nicht. Es heißt „sich prostituieren“. Die Sprache fährt hier zweigleisig, bleibt uneindeutig.

Damit bildet das Wort „Prostituierte“ die beiden vorherrschenden Ansichten über die Prostitution

- „ein Beruf wie jeder andere“, frau prostituiert sich halt, und zwar ganz freiwillig
- Menschenrechtsverletzung: frau wird prostituiert, unter Zwang

ziemlich genau ab. Cool, was unsere Sprache alles kann - würde ich sagen, wenn Prostitution nicht das Letzte wäre.

www.fembio.org v. 08.12.2013

Themen

Europaparlament für 40% Frauenquote

bis 2020 in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen

In einer gemeinsamen Abstimmung hat sich die große Mehrheit der Abgeordneten des Rechtsausschusses (JURI) und des Frauen- und Gleichstellungsausschusses (FEMM) im Europaparlament für die Einführung einer Quotenregelung für die Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen ausgesprochen.

Demnach müssen die Unternehmen ihre Einstellungs-, Auswahl- und Wahlverfahren für die Besetzung ihrer Aufsichtsratsposten anpassen. In einem transparenten Verfahren muss aus einem ausgewogen männlich und weiblich besetzten Kandidatenpool nach vorher festgelegten, eindeutigen und neutral formulierten Kriterien der beste Kandidat oder die beste Kandidatin ausgewählt werden. Liegen dabei ein männlicher und ein weiblicher Kandidat gleichauf, ist der Kandidatin der Vorzug zu geben.

Dadurch soll bis 2020 der Frauenanteil in den Vorständen auf 40% gesteigert wer-

den. Unternehmen bleiben weiterhin in ihren Personalentscheidungen insofern frei, als dass die individuelle Auswahl aus einem beliebig großen Bewerberpool unberührt bleibt. So werden keine bestimmten Bewerber vom Verfahren ausgeschlossen oder konkrete Bewerber als idealer Kandidat dem Unternehmen aufgezwungen. Unternehmen werden lediglich dazu angehalten, das Auswahlverfahren ihrer Aufsichtsratsposten transparenter und von Anfang an geschlechtergerechter auszugestalten. Sanktionen werden auch nur bei Verstößen im Auswahlverfahren fällig und nicht bei Nichterreichen des 40%-Ziels. Ein Sanktionskatalog, zu dem unter anderem Strafzahlungen oder der Ausschluss von öffentlichen Vergabeverfahren gehören, wurde den Mitgliedsstaaten an die Hand gegeben, bei denen dann die finale Entscheidung über die Sanktionen liegt. Auf Mitgliedsstaaten, die bereits eine nationale Quotenregelung anwenden, allerdings bis Ende 2016 keinen 30%-igen Frauenanteil erreichen, findet die Richtlinie dann ab 2017 Anwendung. Zur Abstimmung erklärt Franziska Brantner, Mitglied der Grünen im Gleichstellungsausschuss:

"Ich freue mich über das gute Abstimmungsergebnis und die klare Forderung des Europaparlaments nach mehr Geschlechtergerechtigkeit in den Entscheidungsgremien unserer Unternehmen. Wir können nicht länger akzeptieren, dass nach 12 Jahren freiwilliger Selbstverpflichtung noch immer männerdominierte Aufsichtsräte das Sagen haben. In den DAX-Aufsichtsräten liegt der Frauenanteil immer noch bei schmalen 17%. Wir haben heute den Vorschlag von Kommissarin Viviane Reding gestärkt und gehen nun mit einer starken Position in die Plenarabstimmung und die Verhandlungen mit dem Rat. Wir konnten mit Grünen Änderungsvorschlägen vor allem erreichen, dass ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis der KandidatInnen bereits in den ersten Etappen des Verfahrens vorliegen muss und somit überwiegend männlich besetzte Bewerberpools vermieden werden. Außerdem haben wir mehr Transparenz erreichen können. Unternehmen müssen auf ihren Internetseiten und in ihren Jahresberichten ihre Strategien für mehr Geschlechtergleichheit darlegen und sich erklären, wenn sie bei der Erreichung der Zielvorgabe scheitern."

Sven Giegold, wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der Grünen ergänzt:

"Geschlechtergerechtigkeit stärkt die Unternehmen! Mehr Diversität in Führungsgremien schafft nicht nur mehr Akzeptanz bei den MitarbeiterInnen und der Kundenschaft, sondern erhöht auch die Effektivität. Mit breiter Unterstützung haben wir heute ein gutes Ergebnis erzielt, das angesichts der kontroversen Diskussionen der letzten Monate realistisch und akzeptabel ist und an der 40%- Zielvorgabe festhält. Wir Grüne konnten uns leider nicht mit der Forderung der Ausweitung der Richtlinie auf Vorstandsposten durchsetzen.

Dennoch sind wir mit dem heutigen Ergebnis zufrieden und gehen nun gestärkt in die Verhandlungen mit dem Rat."

Sven Giegold MdEP, www.sven-giegold.de

Vergewaltigung:

Kaia hat den Prozess gewonnen!

Kaia, ein elfjähriges Vergewaltigungsopfer, hat erfolgreich ihre Regierung verklagt, weil sie ihr nicht den notwendigen Schutz vor Vergewaltigung geboten hat. Mit diesem bahnbrechenden Urteil können wir weiteren Frauen helfen - doch dazu brauchen wir die nötigen Mittel. Wenn jeder von uns jetzt 3€ zusagt, kann Kaias Erfolg grundlegende Fortschritte beim weltweiten Schutz von Frauen erwirken.

Kaia war elf Jahre alt, als sie auf dem Schulweg überfallen und vergewaltigt wurde. Eine Lehrkraft brachte sie ins Krankenhaus, doch die Polizei wollte ihre Aussage nur gegen Bestechungsgeld aufnehmen. Daraufhin fasste Kaia all ihren Mut zusammen: Sie verklagte die Polizei, weil sie bei ihrem Schutz versagt hatte. Dann geschah etwas noch Unglaublicheres.

In Kaias Heimat Kenia wird alle 30 Minuten eine Frau oder ein Mädchen vergewaltigt. Die Polizei schaut routinemäßig weg - so werden junge Opfer noch weiter isoliert und die Auffassung verstärkt, dass Vergewaltigungen akzeptabel sind.

Gemeinsam mit 10 weiteren Vergewaltigungsopfern hat Kaia dies angefochten. Am Verhandlungstag marschierten sie trotz Androhungen und einer Blockade durch das Sicherheitspersonal von ihrer Unterbringung zum Gerichtshof. Dabei riefen sie "Haki yangu" - "Ich fordere meine Rechte

ein" auf Kisuheli. Dann urteilte der Richter: Die Mädchen hatten gewonnen!

Die großartigen Verteidiger und Menschenrechtsanwälte, die mit Kaia zusammengearbeitet haben, sind bereit, die Polizei mit ähnlichen Klagen vor Gericht zu konfrontieren - sowohl innerhalb als auch außerhalb Afrikas. Dazu brauchen sie jedoch die notwendigen Mittel. Wir werden die Spendenzusagen erst abwickeln, wenn wir unser Ziel erreicht haben. Wenn 30.000 von uns jetzt 3€ zusagen, können wir diesen Erfolg in die ganze Welt tragen. So können wir der Polizei klarmachen, dass Vergewaltigungen ein Verbrechen sind und verstärkt gegen Gewalt an Frauen ankämpfen.

Anfänglich schien es, als würde Kaia einfach nur ein weiteres Vergewaltigungsopfer bleiben, dass von der Polizei ignoriert wird. Doch die kenianische Kinderrechtsexpertin Mercy Chidi und die kanadische Menschenrechtsanwältin Fiona Sampson schlossen sich zusammen, um diese Ungerechtigkeit gemeinsam vor Gericht anzufechten.

Der Plan wurde in Kenia von einer Gruppe Kollegen aus Kanada, Kenia, Malawi und Ghana erstellt. Die Polizei wegen ihrer Untätigkeit zu verklagen schien zwar kein leichtes Unterfangen, doch sie hielten daran fest, nahmen Risiken in Kauf... und schrieben Geschichte. Doch das ist nur der Anfang: Wie bei jedem Erfolg braucht es Zeit, Mühe und Geld, um sicherzustellen, dass der Gerichtsentscheid fortbesteht und den Fall als Sprungbrett zu nutzen, von dem aus die Gewalt an Frauen beendet werden kann.

Wenn wir genügend Spenden sammeln, könnten wir diesen riesigen Erfolg in Kenia in weiteren Ländern Afrikas und dem Rest der Welt wiederholen. Dazu könnten wir:

- weitere Fälle wie diesen finanziell unterstützen, in Afrika und weltweit
- wirksame Kampagnenstrategien einsetzen, um sicherzustellen, dass diese bahnbrechenden Urteile durchgesetzt werden
- weitreichende und effektive Aufklärungskampagnen fordern, die die Ursachen sexueller Gewalt anpacken und helfen, dieser endgültig ein Ende zu setzen

- auf weitere Kampagnenmöglichkeiten wie diese reagieren - und zwar mit ausgefeilten Strategien, die im Kampf gegen Gewalt an Frauen grundlegende Wendepunkte hervorrufen.

Als BürgerInnen fordern wir PolitikerInnen und andere EntscheidungsträgerInnen oft dazu auf, beim Schutz von Frauenrechten endlich Ernst zu machen. Es ist wichtig, dass wir das auch weiterhin tun. Doch wenn sie nicht auf ihr Gewissen hören, müssen wir bei ihren eigenen Interessen ansetzen und sie vor Gericht holen. So senden wir eine wichtige Botschaft - und zwar, dass ihre Verbrechen echte Konsequenzen nach sich ziehen und das Zeitalter, in dem Gewalt gegen Frauen in vielen Ländern unbestritten existiert, zu Ende geht.

https://secure.avaaz.org/de/take_kaias_win_global_nd_de_con/?cl=3578071548&v=31388&DE2lnk

Persönliche Reflektion zum Rechtssystem von Marie Sichtermann

Vortrag für die LAG Lesben NW am 1. Juli 2013 anlässlich der Verleihung des Augspurg-Heymann-Preises 2013 an die Bundesverfassungsrichterin Professorin Susanne Baer

Es ist eine große Freude für mich, bei diesem Anlass über den Zusammenhang zwischen uns Lesben und dem Recht sprechen zu können – ganz besonders, weil Frau Professorin Baer ihre Promotion zum dem Thema geschrieben hat, das während meiner Berufstätigkeit als Juristin, speziell während meiner Promotion, mein größtes Problem war: sexuelle Belästigung.

Als ich Jura studierte zwischen 1964 und 68 waren wir knapp 10 % Frauen in dieser Männerhochburg, die noch unberührt war vom Aufruhr der Jugend und feministischen Umtrieben, wir fielen also richtig auf.

Gleich zu Beginn des Studiums haben mich zwei geheimnisvolle Wortfolgen fasziniert: Die erste fand ich gruselig, es ist das "*Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden*", das wird dafür benutzt, um festzustellen, was im Vertragsrecht gegen die guten Sitten verstößt und was nicht". Als ich an meiner ersten Lesben- und Schwulendemo in Bremen teilnahm, Mitte der 70

er Jahren, als ich keine Lesbe, sondern eine solidarische Feministin war, und die Leute ansah, die da am Straßenrand standen, während wir tanzend "Schuld war nur die Lesbe Rosa" sangen – da dachte ich: Das sind hier die billig und gerecht denkenden, gegen deren Anstandsgefühl wir verstoßen. Aber ich wusste, dass dieses Anstandsgefühl wandelbar ist.

Der andere Begriff war: "*Die normative Kraft des Faktischen*". Die Tatsachen des Lebens beeinflussen das Recht, ja bringen gültiges Recht hervor oder schaffen es ab, Gesetzgebung und Rechtsprechung müssen das Leben, wie es ist, zur Kenntnis nehmen. Das fand ich aufregend. Ein aktuelles komisches Beispiel: In Frankreich wurde ein Gesetz aus der napoleonischen Ära entdeckt, das Frauen verbot, Männerkleidung zu tragen. Das Faktische kam als Mode daher und hat – allerdings mehr als hundert Jahre später - das Gesetz in die Bedeutungslosigkeit verbannt. Aber wir lachen nicht, wenn wir uns erinnern, dass die Lesbe Judy Andersen - einige werden sich an den Mordprozess gegen Judy Andersen und Marion Ihns in Itzehoe erinnern, das war 1974 - im Gefängnis gegen ihren Willen gezwungen wurde, Röcke zu tragen, dass in der Zeit vor Stonewall (1969) die amerikanische Polizei Lesben in Bars verhaftete und sie sich ausziehen ließ und bestrafte, wenn sie nicht 2 Stücke weibliche Unterwäsche trugen.

Seit den fünfziger Jahren, der Zeit des Kampfes um Gleichberechtigung im Familienrecht, ist es eine Chance der Frauen und vielleicht auch eine Gewohnheit geworden, mit ihrem Verhalten der Gesetzgebung voranzueilen. Auch unser Leben heute ist ein Faktum mit normativer Kraft.

Leicht ist es indes nie gewesen. Unser Leben prallt in vieler Hinsicht gegen das Anstandsgefühl der billig und gerecht Denkenden, die uns mit wechselnder Feindseligkeit gegenüberstehen.

Als Juristin habe ich es bis zur Richterin am Verwaltungsgericht in Düsseldorf mit ein paar Jahren im Justizministerium gebracht – nach 5 Jahren wandte ich mich von der Juristerei komplett ab - es hatte sich zu viel Enttäuschung und Bitternis angesammelt. In der Verwaltung und der Justiz war der Sexismus eher subtil, vorher an der Universität aber brutal und offen. Mein Doktorvater hat mich die ganze Zeit der

Promotion hindurch und davor, als ich seine Assistentin war, sehr offen sexuell belästigt – und es gab noch nicht einmal dieses Wort. Was Tabu ist, hat keine Begriffe. Das machte das Sprechen darüber schwer, es verletze das Anstandsgefühl. Ich habe es getan, obwohl es allen peinlich war und niemand davon hören wollte. Frauen schon gar nicht! Ich wusste genau, dass es dabei nicht um Lust und Liebe sondern darum ging, Frauen zu zeigen, wo ihr Platz ist. Spätere Generationen von Studentinnen und Doktorandinnen hatten dank der Frauen- und Lesbenbewegung den Mut zu Tabubrüchen. Sie fanden Worte und die Möglichkeit, sexuelle Belästigung zum Thema wissenschaftlicher und politischer Arbeit zu machen. Das ist das Faktische.

Und das ist auch unsere Verantwortung. Ich habe mir damals die Stärke gewünscht zu bleiben, mich zu behaupten, Bündnisse zu suchen, zu verändern. Doch ich sah sehr klar, dass frau dazu einen schützenden und stärkenden Hintergrund braucht, Menschen, die einen auffangen und tragen, ganz allein ist dieser Weg durch die Institutionen zu schwer. Für meine linken Kollegen war das die Familie, Frau und Kinder. Weder meine WG, noch die anarchistischen Frauengruppen und damals schon gar nicht die Lesbengruppen hätten das leisten können. Mir blieb nur die Flucht, um mir mein feministisch-lesbisches Leben am Rande der Gesellschaft in der Frauenbewegung einzurichten, die, so meinte nicht nur ich, das werden würde, war mir gefehlt hatte: Eine große breite Bewegung mit genug organisierter Kraft, um jeder einzelnen Frau Unterstützung zu geben, wenn sie diskriminiert oder ausgebeutet wird, wenn sie Angst hat.

Doch es ist nicht so gekommen. Wir feministischen Lesben haben Autonomie, nicht Integration, zu unserer Politik erklärt, nicht des Verbergens wegen; Lesben waren in den achtziger und neunziger Jahren sichtbarer als heute und füreinander erkennbar, sondern als Politik der eigenen Stärke: Wir schaffen unsere Welt kulturell und ökonomisch, unsere eigenen Räume, Orte für unsere Kultur, Verlage, Zeitungen, Geschäfte, Restaurants, Musik, Kunst, Wissenschaft, Bildung, Spiritualität, Hilfsysteme.

Das war auch gut so, denn es hat uns begeistert und gestärkt. Doch mit unserer

wachsenden Autonomie verlor uns die übri-
ge Gesellschaft aus dem Blick und wir
konnten das Recht so kaum faktisch beein-
flussen. Das autonome Lesbentreiben wur-
de wenig zur Kenntnis genommen, oder
eher – auch das lag an uns – als feminis-
tisch denn als lesbisch. Doch das Fakti-
sche muss explizit sein, wenn es normativ
wirken soll.

Derweil betrieben schwule Männer beharr-
lich und nachhaltig ihre Integrationspolitik –
logisch, die Interessenlage ist anders,
Männern winkt die Beteiligung an den Vor-
teilen der patriarchalen Gesellschaft. Sie
pfl egten Netzwerke, organisierten sich und
wurden mit ihren Forderungen nach
Gleichbehandlung und dem Ende von Dis-
kriminierung sichtbar als ein Faktum, das
Recht zu schaffen vermag. Jüngere Les-
ben haben sich organisiert und es auf sich
genommen, daran mitzuwirken.

Wir alle haben viel bekommen durch die
beharrliche Arbeit der organisierten Les-
ben- und Schwulenbewegung in Europa
und der Welt.

Die Einführung der eingetragenen Partner-
schaft neben der bürgerlichen Ehe und de-
ren weitgehende Gleichstellung im Sozial-
recht, Erbrecht, Steuerrecht und was noch
kommt, dank sei dem BVerfG und seiner
Klarheit. Und wir haben ein allgemeines
Gleichbehandlungsgesetz, bekannt als An-
tidiskriminierungsgesetz.

Spannend ist ja nun, welche Fakten es
sind, die Legislative und Judikative zu die-
ser spektakulären Umwälzung der Rechts-
ordnung bewegt haben.

Es ist das verantwortungsvolle Leben ho-
mosexueller Paare, die lebendige Verwirk-
lichung der Werte, die für die Ehe gelten,
die langfristige Verpflichtung, die Liebe und
Fürsorge füreinander und auch für Kinder.

Oh ja, ich weiß wohl – wir wollten mal was
ganz anderes als ein eheähnliches Leben.
Eigentlich wollten wir das doch eher ab-
schaffen, die Ehe auflösen, nicht eingehen.
Hatten wir nicht die Familie als Ort der Un-
terdrückung und Zurichtung von Mädchen
und Frauen ausgemacht, wollten wir nicht
kollektiv wirken, jeder Frau und Lesbe ein
Leben ermöglichen in Sichtbarkeit und
Selbstbewusstsein, unabhängig von Fami-
lien und familienähnlichen Strukturen?
Doch, ja, das haben wir angestrebt mit dem

Einsatz von Lebenszeit- und Kraft.

Die Geschichte ist darüber hinweggegan-
gen. Viele der autonomen Orte und Räume
haben ihre große Zeit gehabt, dieses Kon-
zept findet bei nachfolgenden Generatio-
nen nicht dasselbe Interesse. Es hat für
uns ältere Lesben einen Hauch von tragi-
scher Komik, dass unser politisches Leben
mit der Möglichkeit der Ehe gekrönt wird.
Doch sind wir klug genug, die Vorteile zu
nutzen, feiern schöne Hochzeitsfeste, die
wiederum zur Sichtbarkeit beitragen, und
die Rentenansprüche einer Frau mögen
ihre Attraktivität steigern. Doch bleiben wir
wachsam bei der Frage, ob wir Lesben die
Ehe verändern, oder diese alte Einrichtung
uns!

Wenn wir unser lesbisches Leben noch als
politisch begreifen, müssen wir es explizit
machen, sichtbar und hörbar. Wir tun das
nicht immer, vielleicht immer weniger.

Es macht mir Sorgen, dass das Wort "Les-
be" im Rückzug begriffen ist und selten mit
Stolz gesagt wird, wie das Wort schwul. Wir
haben aber kein anderes Wort und das
Fehlen von Begriffen in der Sprache weist
immer auf eine tatsächliche Tabuisierung
hin.

Das Problem liegt darin, dass die Diskrimi-
nierung von Lesben nicht in dem Maße
nachgelassen hat, wie uns das Recht An-
erkennung zollt. Sie ist sehr präsent.

Ich denke, es gibt einen Kreislauf: Hier sind
wir, durch unser Leben schaffen wir Fak-
ten, die von Gerichten und Gesetzgeber als
normativ aufgenommen werden. Das ge-
setzte Recht, die Normen, beeinflussen
wiederum die billig und gerecht denkenden
Menschen, die mit ihrem Anstandsgefühl
bei der Ablehnung von Homosexualität ste-
hengeblieben sind und uns feindselig be-
gegnet. Ihre Haltung ändert sich auf dem
Umweg über die rechtliche Anerkennung:
"...Aha, die heiraten wie anständige Men-
schen auch..". So mag die Diskriminierung,
die Feindseligkeit am Arbeitsplatz, in der
Familie, in der Nachbarschaft, im sozialen
Leben überall allmählich abnehmen. Doch
unser Leben als Lesben, unser Handeln ist
der Anfang in diesem Kreislauf.

Daher müssen wir wohl weiterhin das
Wagnis eingehen, uns zu zeigen mit Haut
und Haar, Bildern, Symbolen und Worten.
Leichter als wenn es jede allein tut, können

wir gemeinsam wirken. Wie? So. Diese großartige Idee der LAG Lesben in NRW, dieser Preis, diese Feier sind ein wunderbares Beispiel und zeigen die Phantasie und die Kraft zur Veränderung, die jede Generation Lesben weiterhin haben wird.

Drⁱⁿ. Marie Sichtermann, Auf dem Sand 8, 53909 Zülpich. Büro. Geld & Rosen, Unternehmensberatung für Frauen und soziale Einrichtungen. Münstereifeler Str. 9-13, 53879 Euskirchen, www.geld-und-rosen.de

Nachrichten

„Sweetie-Kampagne“ zeigt erste Erfolge bei der Strafverfolgung

In Südafrika sind drei mutmaßlich pädosexuelle Männer festgenommen worden. Ihnen wird vorgeworfen, Teil eines Pädophilen-Rings zu sein. Die Identität der Männer war durch die Recherchen der niederländischen terre des hommes-Mitarbeiter bekannt geworden. Sie hatten die Daten von 1000 Pädosexuellen herausgefunden, die das computeranimierte zehnjährige Mädchen »Sweetie« zu sexuellen Handlungen aufgefordert hatten und dafür bezahlten.

Zehntausende Kinder zu Webcam-Prostitution gezwungen

In jedem Moment sind nach Angaben von Vereinten Nationen und FBI etwa 750.000 Täter online auf der Suche nach minderjährigen Opfern. Weltweit werden mehrere 10.000 Kinder für Webcam-Kinderprostitution missbraucht. Zu diesem Ergebnis kommt eine außergewöhnliche Untersuchung von terre des hommes in Holland. In einer verdeckten Aktion trat ein am Computer generiertes zehnjähriges philippinisches Mädchen in öffentlichen Chat-Rooms mit Tätern in Kontakt.

Kinder zeigen jedoch solche Verbrechen praktisch nie an. Sie werden durch extreme Armut, aber auch durch Erwachsene oder ihre eigene Familie gezwungen, sich zu prostituieren. Gegen diese müssten sie aussagen, was einem Kind nahezu unmöglich ist«, erklärt Guijt. »Wir wollen, dass die Regierungen die Untersuchung derartiger Straftaten verstärken und den Behörden

ermöglichen, aktiv öffentliche Internet-Hotspots zu besuchen, an denen der Missbrauch von Kindern Tag für Tag stattfindet. Zurzeit meinen die Täter, dass die Gesetze für sie nicht gelten. Doch das Internet ist zwar frei zugänglich, aber nicht gesetzlos.«

Massiver Missbrauch

Die Studien von terre des hommes zeigen, dass Webcam-Kinderprostitution für die Opfer genauso verheerend ist wie körperlicher Missbrauch. Die Kinder weisen Symptome von post-traumatischem Stress auf. Sie haben Schuldgefühle, und sie zeigen selbstzerstörerisches Verhalten, trinken Alkohol oder nehmen Drogen. Experten erwarten, dass die Zahl der Kinder, die durch Webcam-Kinderprostitution ausgebeutet werden, weiter steigt, denn die globale Nachfrage von Tätern und der Zugang zum billigen Internet auch in armen Ländern heizen das Geschäft weiter an. »Seit Jahrzehnten betreut terre des hommes weltweit die Opfer dieses massiven Missbrauchs und alarmiert die Gesellschaft immer wieder aufs Neue. Es ist Zeit, das Problem viel stärker von der Täterseite her anzugehen«, so Danuta Sacher, Vorstandsvorsitzende von terre des hommes in Deutschland.

terre des hommes hat eine Online-Petition gestartet, um Druck auf Regierungen auszuüben, Kinder vor der Webcam-Prostitution zu schützen. Unterzeichnen Sie die Petition hier. www.avaaz.org. Paedophile's dream, child's nightmare.

Die FFBIZ-Bibliothek ist ab heute online recherchierbar!

Der größte Teil unserer Spezialbibliothek, die bisher nur als retrodigitalisierter Zettelkatalog im Internet sichtbar war, ist ab November 2013 im Online-Katalog recherchierbar und wird laufend ergänzt. Die Datenbank bietet eine verfeinerte inhaltliche Recherche nach Publikationen zu bestimmten Themen/Begriffen, eine Suche nach Titelstichwörtern, AutorInnen, Herausgeberinnen sowie nach dem Erscheinungsjahr. Unsere Bibliothek umfasst ca. 10.000 Bände und besteht aus Sachliteratur, Nachschlagewerken und Belletristik. Sie bildet die Themen und Kampagnen ab der zweiten (neuen) Frauenbewegung in ihren un-

terschiedlichen Disziplinen und Lebensbereichen ab, auch in ihrer internationalen Ausrichtung. Neben bibliophilen Raritäten aus Eigen- und Kleinstverlagen finden sich auch feministische Kinder- und Mädchenliteratur sowie zahlreiche (Auto)biographien. Darüber hinaus bemühen wir uns verstärkt, auch Bücher zu aktuellen (queer)feministischen Themen und Diskursen zu erwerben und für unsere NutzerInnen bereitzustellen.

<http://www.ffbiz.de/aktivitaeten/ffbiz-bibliothek.html>

Literatur

"Schneewittchen rechnet ab"? Ein Stück feministische Utopie

Die bundesweite Gender-Arbeitsgruppe des globalisierungskritischen Netzwerks Attac legt ein Werkstattbuch vor, das die Tagung "Schneewittchen rechnet ab." vor knapp einem Jahr in der Werkstatt der Kulturen in Berlin dokumentiert, aber noch weit mehr beinhaltet als die Widergabe der einzigartigen politischen und künstlerischen Workshops und Performances der Tagung. Die Herausgeberinnen Christine Rudolf, Doreen Heide, Julia Lemmle, Julia Roßhart und Andrea Vetter haben die im VSA-Verlag erschienene Dokumentation um mehrere Facetten der Lebenswirklichkeit von Frauen erweitert und ihr eine ausführliche Einleitung vorangestellt. "Wir haben unser Buch Werkstattbuch genannt, zum einen weil es in einer Werkstatt entstanden ist und zum anderen, weil es ein Buch ist, das sich von herkömmlichen Printprodukten unterscheidet. Dieses Werkstattbuch ist ein Stück feministischer Utopie", sagt Mitherausgeberin Christine Rudolf von der Attac-Gender AG.

Das Buch beleuchtet die Zusammenhänge zwischen aktuellen ökonomischen Entwicklungen und privaten Lebensbedingungen aus feministischer Perspektive. Leben, Arbeiten und Produzieren können bei der Entwicklung einer Zukunftsperspektive nicht getrennt voneinander behandelt werden.

Der Tagungsband verknüpft Perspektiven aus politischer Praxis, Wissenschaft und Kunst. Er versammelt konkrete Projekte

gelebter Solidarität, Überlegungen zu (queer-)feministischer Wirtschafts- und Finanzpolitik, künstlerische Auseinandersetzungen sowie Schilderungen aus der (lesbisch-)feministischen Bewegungspraxis. "Schneewittchen rechnet ab." regt zum Lesen, Genießen und Weiterdenken an und macht Mut, andere Lebensweisen zu erproben.

Schneewittchen rechnet ab. Hrsg: Christine Rudolf, Doreen Heide, Julia Lemmle, Julia Roßhart, Andrea Vetter. VSA-Verlag Hamburg

Das neue Umgangsrecht: Kritische Bestandsaufnahme aus Sicht der Frauen

Christina Aman

Immer noch sind es Frauen, die nach einer Trennung/Scheidung in der Regel die Verantwortung für ihre Kinder übernehmen. Sie möchten ihre Kinder beschützen, müssen sich aber zugleich mit rechtlichen Bestimmungen auseinandersetzen und möglicherweise auch noch befürchten, dass der Ex-Partner nicht bereit ist, finanzielle Unterstützung gegenüber der Familie zu leisten. Ebenso müssen sie befürchten, dass sie das Sorgerecht verlieren oder ein Umgangsrecht nicht abwenden können, auch wenn sie vom Partner jahrelang physisch und psychisch misshandelt wurden. Die Reformierung des Umgangsrechts gemäß

1684 BGB hat bewirkt, dass alle Väter, egal ob verheiratet oder nicht, ein durchsetzbares Umgangsrecht erhalten haben, und unabhängig von dem Sorgerecht einen Rechtsstreit allein durch das Umgangsrecht initiieren können. Erhält ein Vater kein Sorgerecht, kann er immer noch durch das Umgangsrecht an das Kind herantreten. Das bedeutet, dass der Umgang des Kindes mit dem Vater auch gegen den Willen des Kindes oder der Mutter durchgesetzt werden kann. Das hat zur Folge, dass besonders häufig die Mutter für eine verweigernde Haltung des Kindes verantwortlich gemacht werden kann und durch gesetzlich vollstreckbare Sanktionen (Geldstrafe, Sorgerechtsentzug oder Haftstrafe) bedroht ist. Väter hingegen haben in den seltensten Fällen Sanktionen zu befürchten, wenn sie den Umgang ablehnen.

Ebenso bedeutet dies, dass der Vater weiterhin Zugriff auf die familiäre Situation der Mutter hat.

Es ist eine Situation für Frauen entstanden, in der sie rechtliche Forderungen im Sinne ihres Kindes möglicherweise nicht durchsetzen können und letztlich dafür bestraft werden, wenn sie nicht im Sinne der Gesetzgebung handeln. Auch wenn sie als Hauptbezugspersonen ihrer Kinder berechnete Motive für ablehnendes Verhalten haben. Die Rechtsprechungen hängen jeweils von der Glaubwürdigkeit und der Beweiskraft der Mutter sowie vom fachlichen Wissen und Einfühlungsvermögen des Richters ab. D.h. durch die unterschiedlichen Auffassungsgaben und Interpretationsmuster der Richter können in vergleichbaren Fällen unterschiedliche Entscheidungen gefällt werden.

Die Gesetzgebung hat jedem Vater ein gestärktes Umgangsrecht eingeräumt. Doch gibt es keine Statistiken, die belegen, dass Väter sich mehr an der Familienarbeit sprich Haushalt und Kinderbetreuung beteiligen. Dennoch wird in der Bevölkerung ein anderes Bild der Väter verbreitet und die Forderungen beziehen sich auf die Rechte der Väter am Kind. Dies entspricht nicht der Realität, im Gegenteil, die meisten Väter übernehmen nach einer Trennung kaum Verantwortung für die Kinder, da sie eher dazu neigen, ihre eigenen Ziele nach einer Trennung zu verfolgen. Nicht selten ergreifen sie die Flucht und sind unauffindbar oder mittellos.

Einige Änderungen im Umgangsrecht sind zweifelhaft und zeigen deutlich, dass Männer wieder mehr Macht und Kontrolle erhalten. Es sind flexible gesetzliche Bestimmungen entstanden, die die Frauen und ihre Kinder besonders stark benachteiligen. Dabei stellt sich immer wieder die Frage, ob sich patriarchale Privilegien vermehrt durchsetzen und die erreichte Gleichberechtigung der Frauen schleichend verdrängen.

**Grenzen beim Erziehen
Nähe und Distanz in pädagogischen
Beziehungen**

*Gabriele Strobel-Eisele / Gabriele Roth
(Hrsg.)*

Seit Bekanntwerden der vielen Fälle sexueller Gewalt und emotionalen Missbrauchs

in pädagogischen Institutionen steht die Pädagogik vor der Herausforderung, die Distanz- und Näheverhältnisse pädagogischer Beziehungen neu zu thematisieren. Dabei geht es auf der Beziehungsebene um die Klärung missverständlicher Semantiken und Strukturen, die eine Überschreitung gebotener Grenzen begünstigen. Auf der sachlichen Ebene pädagogischer Beziehungen sind Distanzen im Blick auf Inhalten zu überbrücken, die die Heranwachsenden vor allem im Kontext der Schule nicht ohne Hilfe verstehen können. Das Buch befasst sich mit Begriffen, Strukturen und Kontexten pädagogischer Beziehungen und gibt Antworten darauf, wie viel Nähe beim Erziehen und Unterrichten nötig ist, damit Kinder auf dem Weg zum Erwachsenwerden ausreichend Wissen und Können erwerben und soziale Zuwendung bzw. Unterstützung erfahren können. Ebenso steht die Reflexion der gebotenen Distanz in Erziehungsverhältnissen an, ohne die Heranwachsende die wünschenswerte Selbständigkeit nicht erreichen können.

Dr. habil. Gabriele Strobel-Eisele ist Professorin an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Dr. Gabriele Roth ist dort Akademische Oberrätin.

Termine

Offensive zum 8. März

Wir wollen mit euch eine gemeinsame feministische Offensive starten! Eine breite, bundesweite Demonstration in Berlin soll den Tag zum Frauen-kampftag machen. Unser Ziel ist es, den 8. März zu (re-)politisieren, Frauen untereinander zu solidarisieren und eine Öffentlichkeit für unsere unterschiedlichen Anliegen und Forderungen zu schaffen. Hierfür hat sich ein breites Bündnis gefunden, das bereits voll in den Planungen steckt. Materialien werden hergestellt, ein Mobiclip ist im Entstehen und Veranstaltungen werden geplant. Wir wollen mit euch gemeinsam ein empowerndes Ereignis schaffen, das nur der Auftakt für ein handlungsfähiges und buntes feministisches Projekt sein soll. Auch wenn ihr zur Zeit vielleicht kaum Kapazitäten habt euch aktiv im Bündnis zu

beteiligen, hier ein paar Vorschläge, wie ihr das Projekt unterstützen könnt:

Was könnt ihr tun?

- Wir wollen den Aufruf unterzeichnen
- Wir wollen den Aufruf und das Bündnis auf unserer Website verlinken
- Wir wollen Material (Plakate, Flyer, Sticker) bestellen
- Wir wollen eine Veranstaltung organisieren
- Wir wollen ...

Aufruf unter: www.frauenkampftag2014.de

Kontaktadresse:

frauenkampftag2014@yahoo.de

Gekauft! Benutzt!
Hauptsache "selbstbestimmt"?
Podiumsdiskussion zu Prostitution

Termin: 22. März

Ort: BürgerInnenzentrum Adlerstrasse,
Adlerstrasse 19, 65183 Wiesbaden

Weltweit wird derzeit über den richtigen Umgang mit Prostitution diskutiert. Während hierzulande immer weiter am Mythos der selbstbestimmten und selbstbewussten Sexarbeiterin, die ihre sexuelle Selbstverwirklichung in der "Sexarbeit" findet, gestrickt wird, schließen sich immer mehr Länder dem so genannten "nordischen Modell" an (zuletzt Frankreich): Prostituierte werden entkriminalisiert, Sexkäufer bestraft und es wird eine gesellschaftliche Veränderung die Frauen entobjektifiziert angestrebt. Die dahinterstehende Auffassung, deckt sich auch mit der (sicherlich provokanten) Leitthese dieser Veranstaltung: Prostitution ist keine „Arbeit“ oder "Dienstleistung", sondern sexuelle Gewalt - und sie betrifft nicht nur Frauen (und Männer) in der Prostitution, sondern alle (!) Frauen (und Männer). Die bloße Existenz von Prostitution beeinflusst alle sexuellen Beziehungen zwischen Menschen.

Die Veranstaltung soll dazu dienen weit verbreiteten Prostitutionsmythen aktiv entgegenzutreten und über das Milliardengeschäft zu informieren.

Gästinnen: Kajsa Ekis Ekman (Schweden), Autorin (Being and Being Bought) und Aktivistin der autonomen Frauenszene in Schweden,

Inge Kleine, AK gegen Prostitution c/o Kofra München und Abolish Prostitution Now (international).

Veranstalterinnen: Frauenkommunikationszentrum (KOMZ) Wiesbaden / LISA Wiesbaden im Rahmen der Veranstaltungsreihe „(Frauen) sollen, wollen – Sexismus als Mittel der Macht?“ zum Internationalen Frauentag 2014 des Frauenreferats der Landeshauptstadt Wiesbaden

Aktionskonferenz Care

Termin: 16. - 19. Oktober 2014

Ort: Hallstatt, Österreich

Krise sozialer Reproduktion

Um für uns und andere zu sorgen, brauchen wir Zeit und Ressourcen aller Art. Dies ist grundlegend für die Verwirklichung unserer Bedürfnisse und Interessen -- für ein gutes Leben. In einem kapitalistischen System spielen menschliche Bedürfnisse jedoch nur insofern eine Rolle, als sie für die Herstellung einer flexiblen, kompetenten, leistungsstarken, gut einsetzbaren Arbeitskraft von Bedeutung sind. Sorgearbeit wird gering geschätzt und finanziell kaum unterstützt. Dies gilt insbesondere in der derzeitigen Krise sozialer Reproduktion, die wir als einen zugespitzten Widerspruch zwischen Profitmaximierung und Reproduktion der Arbeitskraft verstehen. Diese soziale Reproduktionskrise hat viele Facetten:

- Staatliche Dienstleistungen decken nicht den steigenden gesellschaftlichen Bedarf an Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege: An Kinderbetreuung und schulischer Bildung wird gespart; alte und kranke Menschen werden nicht mehr ausreichend versorgt; Menschen mit Beeinträchtigungen erhalten zu wenig Assistenz. Für die staatliche Subventionierung profitabler Güterproduktion, wie der Automobilindustrie, stehen in der Krise Milliarden zur Verfügung, ebenso wie für die Rettung von Privatbanken. In Kindergärten, Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen, Krankenhäusern und Pflegeheimen wird nur ein Bruchteil dessen investiert.

- Trotz Fachkräftemangel stagnieren die Löhne von Erzieherinnen, Pflegekräften und anderen sozialen Berufen; sie sichern oft nicht die eigene Existenz, zumal die Kosten für Wohnraum und die allgemeine Lebensführung permanent steigen. Pflege- und Sorgearbeiten unterliegen einem Rationalisierungsdruck, der zu Überforderung und Erschöpfung führt und zu Lasten der

Qualität der geleisteten Arbeit geht.

- Auch in anderen Berufen nehmen Arbeitsverdichtung und Belastungen ständig zu, steigende Stresserkrankungen wie Depression und Burn-Out zeugen davon.
- Außerdem wachsen die Anforderungen der nicht entlohnten Haus- und Sorgearbeit in Familie, Nachbarschaft und Ehrenamt. Für viele Frauen bedeutet das eine enorme Doppelbelastung -- zugespitzt gilt dies für Alleinerziehende. Vielen bleibt kaum Zeit zur Selbstsorge. Menschen mit höheren Einkommen können diese Belastungen teils dadurch reduzieren, dass sie Haushalts- und Pflegehilfen für sich und ihre Angehörigen bezahlen. Oft sind es Migrantinnen, die völlig unabgesichert und zu Niedriglöhnen in privaten Haushalten arbeiten und hier extrem ausgebeutet werden. Solche Care-Migrationsketten setzen globale Ungleichheiten nicht nur voraus, sondern auch fort.
- Menschen, die wegen der Erziehung von Kindern, der Pflege von Angehörigen oder aus anderen Gründen, den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht entsprechen können oder wollen, sind nach kurzer Zeit den rigiden Bestimmungen von Hartz-IV unterworfen.

Care Revolution als soziale Bewegungen

Ausgehend von diesen alltäglichen Krisenphänomenen setzen wir uns für einen Perspektivenwechsel ein: Menschliche Bedürfnisse und Interessen müssen im Zentrum der Krisendiskussion stehen. Mit einem Aufruf zur Care Revolution geht es außerdem darum, Reproduktionsarbeit neu zu bewerten und umzugestalten. Aus feministischer Perspektive plädieren wir dafür, die für alle Menschen wichtigen Aufgaben in Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege, aber auch Ernährung und Wohnraum zum Ausgangspunkt unseres politischen Handelns zu nehmen. Hier liegen die Grundlagen menschlichen Lebens. Ein polit-ökonomisches System muss in der Lage sein, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Wenn dies wie derzeit nicht geschieht, muss es erneuert bzw. transformiert werden.

Aufgabe der Aktionskonferenz

Wir laden hiermit vor allem regional und kommunal agierende Gruppen in den Be-

reichen Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege, Soziale Arbeit, Ernährung und Wohnraum zu einem Wochenende des Austauschs, der Reflexion und der politischen Aktion ein. Wir sehen vielfältige Aktivitäten, die an konkreten alltäglichen Lebensbedürfnissen ansetzen: Vom Erzieherinnenstreik 2009 zu den oft regional ausgerichteten Warnstreiks von Pflegekräften, den Ansätzen einer Organisierung von Haushaltsarbeiterinnen und den kommunalen Auseinandersetzungen um Kinderbetreuung; von den vielfältigen politischen Auseinandersetzungen einer breiten Bewegung "Recht auf Stadt", den kraftvollen Protesten gegen Zwangsräumungen, migrantischen Kämpfen um Bewegungsfreiheit bis zum Zusammenschluss selbstorganisierter Hausprojekte im Miethäuser Syndikat und einer Commons-Bewegung, die im Bereich der Daseinsvorsorge alternative Lebensformen erprobt. Aber auch kleinere Initiativen, die sich mit der Aufwertung und Umgestaltung von Sorgearbeit beschäftigen oder sich als PatientInnen zusammengeschlossen haben, sind von Bedeutung.

Mit dieser Aktionskonferenz Care Revolution verfolgen wir folgende Ziele:

Es gibt regional und je nach Themenbereich sehr unterschiedliche Initiativen. Diese können, so unsere Hoffnung, auf einer Konferenz, in der Austausch im Zentrum steht, viel voneinander lernen.

- Dabei ist es uns wichtig, gerade im Bereich Kindererziehung sowie Pflege die Sichtweisen und Probleme beruflicher Care Worker wie ErzieherInnen und Pflegekräfte mit den Erfahrungen von Menschen mit hohen familiären Sorgeverpflichtungen zusammenbringen. Wir versprechen uns dadurch eine neue Stärke von unten für die weiteren politischen Auseinandersetzungen um den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen in KiTas, Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen sowie um eine bessere Entlohnung und humane Arbeitsbedingungen für die dort Beschäftigten.

- Uns ist ebenfalls wichtig, AktivistInnen aus unterschiedlichen sozialen Auseinandersetzungen um die Daseinsvorsorge miteinander ins Gespräch zu bringen. So können Elterninitiativen eventuell von Mietausensetzungen, Zusammenschlüsse von PatientInnen von selbstorganisierten Hausprojekten, ErzieherInnen von den

Pflegestreiks lernen und andersherum.

Der Kongress Momentum findet dieses Jahr zum siebten Mal statt. Nach Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Gleichheit, Demokratie und Fortschritt bildet dieses Jahr "Emanzipation" das Generalthema.

Momentum richtet sich an WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen, Fachleute und Studierende aller Forschungs- und Politikbereiche sowie an Interessierte und AktivistInnen aus der Praxis.

Voraussetzung für die Teilnahme bei Momentum ist die Einreichung eines kurzen Abstracts zur Bewerbung sowie -- nach Zulassung zum Kongress -- eines schriftlichen Beitrages ("Paper"). Es werden zehn unterschiedliche Tracks <<http://momentum-kongress.org/momentum14/tracks>> angeboten, die zeitgleich stattfinden. Bitte geben Sie bei der Einreichung des Abstracts den gewünschten Track (sowie einen Alternativ-Track) an. Die eingereichten Abstracts sollen einen Überblick über den geplanten Kongressbeitrag geben, ca. zwei A4-Seiten umfassen und bis spätestens 14. April 2014 bei anmeldung@momentum-kongress.org einlangen. <http://momentum-kongress.org/momentum14>

Kontakt: Verein Momentum, Forellenweg 5
4400 Steyr (Austria)

web: www.momentum-kongress.org

mail: office@momentum-kongress.org

Internationales Frauenfilmfestival Dortmund/Köln

08.04.2014 bis 13.04.2014

Ort: Dortmund-Köln

Kurzbeschreibung:

Das Internationale Frauenfilmfestival Dortmund|Köln ist eines der größten und bedeutendsten Frauenfilmfestivals weltweit. Einzigartig in Deutschland bietet es die optimale Plattform für aktuelle Entwicklungen und Trends in den Arbeiten von Frauen in allen Teilen der Filmproduktion. Hier erhalten nicht nur Regisseurinnen, sondern auch Kamerafrauen, Filmmusikerinnen und andere Filmschaffende Gelegenheit, ihre aktuellen Arbeiten zu präsentieren. Das Festival an Rhein und Ruhr ist offen für alle Genres und Stilrichtungen und findet jährlich wechselnd in den Städten Köln und Dortmund statt. Die in über 20 Jahren gewachsenen Strukturen gewährleisten

kontinuierliche und kompetente Arbeit im Bereich der Präsentation von Filmproduktionen von Frauen.

Das IFFF Dortmund/Köln versteht sich darüber hinaus als Forum für Vernetzung, Austausch und Weiterbildung. Hier werden Fragen der Produktionsbedingungen, Nutzungsrechte, die Rolle von internationalen Frauenfilmnetzwerken, Urheberrechtsfragen und innovative Vertriebswege diskutiert. Workshops in Filmtheorie oder Bildgestaltung sind fester Bestandteil des Festivalprogramms.

www.frauenfilmfestival.eu,

info@frauenfilmfestival.eu

Prostitution als Reinszenierung erlebter Traumata

Freitag, 28. März um 19.00 Uhr

Im Kofra, Baaderstr. 30, München

Internationale Forschungsergebnisse zur Prostitution zeigen eine sehr hohe Anzahl von Frauen, die als Kind oder Jugendliche durch Gewalt traumatisiert wurden - mit einem Schwerpunkt auf sexuellem Missbrauch. Für diese Kinder war es überlebenswichtig, ihre Gefühle teilweise abzuspalten, schreibt die französische Psychotherapeutin Muriel Salmona (*Le livre noir des violences sexuelles*, 2013). Die Psychologin Ingeborg Kraus berichtet, dass in der Traumatherapie ein Bedürfnis der Traumatisierten festgestellt wurde, das traumatisierende Geschehen, dem sie als Kind hilflos ausgeliefert waren, zu kontrollieren. Eine Form der Kontrolle sei die Wiederholung: die sogenannte Täter-Opfer-Reinszenierung. In der Prostitution z.B. „wird das Trauma in einem Rahmen in Szene gesetzt, in dem die Prostituierte das Gefühl der Kontrolle über das Geschehen bekommt.“ Doch ist dieses Gefühl eine Illusion, wie die ehemalige Domina Ellen Templin deutlich macht: in Wirklichkeit erfüllt die Prostituierte nur die Wünsche des Freiers, er bestimmt, was sie tun soll, dafür bezahlt er. „Marie“ berichtet aus ihrer eigenen Erfahrung, wie traumatisierend Prostitution in der Realität ist.

Ingeborg Kraus ist psychologische Psychotherapeutin und Mitinitiatorin des „Karlsruher Appells“ gegen Prostitution, „Marie“ ist Ex-Prostituierte im „Escort“-Bereich und heute aktiv gegen Prostitution.

Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab 1992:

61/92 Entpolitisierung durch Identitätspolitik?
 62/93 Sexueller Missbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? . 63/93 Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus,
 64/93 Gynäkologie unter feministischen Aspekten, 65/93 Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, 66/93 Frauenstreik, 67/94 Zur Kopftuchdiskussion, 68/94 Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und anti-rassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, . 69/94 Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben, 70/94 Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, 71/95 Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? 72/95 Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körper-Behinderungen. 73/95 Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, 74/95 Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, 75/95 Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. Nr. 76/95 Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, 77/96 "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. 78/ 96 13 Jahre autonome Projektarbeit. 79/96 Eigenständige berufliche Existenz. 80/96 Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. 81/96 Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. 82/97 Kindesmisshandlungen im Internet / Männergewalt macht keine Männer. 83/84/97 Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, 85/86/98 Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, 87/98 Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. 88/99 Männer gegen Männergewalt. Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung, 89/99 Gewalt gegen Frauen im Krieg, 90/99 Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, 91/00 Zur Therapie von Sexualstraftätern, 92/00 Frauen und Militär, 93/00 Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, 94/01 Täterstrategien bei sexuellem Missbrauch und Ansätze der Prävention, 95/01 Feministisches Handeln gegen Gewalt, 96/02 Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, 97/02 Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ, 98/02 Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, 99/02

Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? 100/02 Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, 101/03 Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, 102/03 Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch? 103/03 Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen, 104/03 Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten, 105/03 Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule, 106/03 Autonome Frauenräume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra, 107/04 Transgender und Feminismus, 108/04 Zur Kopftuchdiskussion,109/04 Krieg und Geschlechterverhältnisse,110/04 Widerstand für Frauenrechte und Frauenwürde,111/04 Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen, 112/05 Menschenrechte – Frauenrechte, 113/05 Die Rückkehr des Dienstmädchens, 114/05 Quotierung ist verfassungsgemäß, 115/05 Altersbilder von Lesben, 116/05 Alternativen zur Globalisierung. 117/06 Femicidio. Frauenmorde in Mexiko, 118/06 Auswirkungen von sexueller Gewalt auf die Arbeitssituation von Frauen, 119/06 Gewalttätige Mädchen. Mythos und Realität, 120/06 In Nomine Patris. Die Interessen der Vaterrechtsbewegung, 121/07 Krise der sozialen Systeme, 122/07 Migration. Männlichkeit und Frauen(ver-)achtung,123/07 Frauen als Retterinnen in der Nazizeit, 124/07 Gewalt in der Lebensgeschichte alter Frauen, 125/08: Sorge- und Umgangsrecht – weitere Verschlechterungen für Frauen und Kinder, 126/08 Grenzen setzen gegen Gewaltstrukturen, 127/08 Zeit und Zukunft des Feminismus, 128/09 Feministische Unterrichtsprinzipien, 129/09 25 Jahre Kofra, ein Viertel Jahrhundert feministische Frauenprojektarbeit. 130/09 Frauenarmut: Daten, Fakten, Relationen 131/09 Vorsicht Lebensschützer! 132/09 Hartz IV - Die Würde des Menschen ist antastbar 133/10 Repatriarchalisierung durch Sorge- und Umgangsrecht im neuen Familienrecht FamFG 134/10 Pornografisierung - Auswirkungen und Protest, 135/10 Frauen in Spitzengremien der Wirtschaft – Handlungsbedarf,136/10 Gesetzesinitiativen gegen Pornografie, 137/11 Mehr Frauen in die Sprache. Warum geschlechtergerechte Formulierung immer noch wichtig ist. 138/11 Feminismus – Kritik der Herrschaftsverhältnisse;139/11 Arabische Frauen zwischen Partizipation und Exklusion; 140/11 Männergewalt gegen Frauen: kein Ende? 141/12 Vergewaltigung – das straffreie Delikt?, 142/12 Sexuelle Gewalt: das Schweigen #ich hab nicht angezeigt, 143/12 Frauen in männerdominierten Berufsbereichen,144/13 Sexismus-Debatte Reloaded,145/13 Neue Perspektiven auf die Prostitution,146/13 Lesben in den Medien: unsichtbar?

Kofra

Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.